Wandlungen in Ideengehalt und Zielsetzung der deutschen Sozialpolitik

Würdigung vom Standpunkt des Nationalsozialismus

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines
Doktors der wirtschaftlichen Staatswissenschaften
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Vorgelegt von

Gerhard Brehmer
Diplom-Volkswirt aus Eisleben

Berichterstatter:
Professor Dr. Muhs

1 • 9 • 3 • 7

Druck von Ed. Winkler, Eisleben (Lutherstadt)

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinen Eltern

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548112_0120

Lebenslauf.

Am 4. November 1912 wurde ich in Halle a. S. als Sohn des Vizefeldwebels Albrecht Brehmer geboren. Nach der Novemberrevolution zogen meine Eltern nach Eisleben, wo ich zunächst drei Jahre die Mittelschule und dann neun Jahre die Oberrealschule besuchte. Ostern 1931 bestand ich die Reifeprüfung.

Nach einsemestrigem Studium der Naturwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ließ ich mich dort in das Album der Staatswissenschaftlichen Fakultät eintragen. Am 16. April 1935 bestand ich das volkswirtschaftliche Diplomexamen und am 26. November 1936 die mündliche Doktorprüfung.

Volkswirtschaftliche Vorlesungen und Uebungen hörte ich bei den Herren Professoren Aubin, Bilfinger, Böhmer, Jahn, Jecht, Mitscherlich, Muhs, Ruth, Schmaltz, Schmidt, Sommerladt und Wolf.

Bei der Formulierung und Bearbeitung des Themas wurden mir von Herrn Professor Dr. Muhs wertvolle Anregungen gegeben, für die ich ihm an dieser Stelle meinen Dank ausspreche.

Dispoſition.

I. Die ältere hiſtoriſche Schule in der Nationalökonomie als Ausgangspunkt ſozialpolitiſcher Beſtrebungen.

II. Das Zeitalter der Sozialgeſetzgebung und Sozialpolitik.

1. Die Sozialliberalen.
2. Der Staatsſozialismus.
3. Die Katholiſch-Sozialen.
4. Evangeliſche Kirche und Sozialpolitik.

III. Der Marxismus und ſeine Stellung zur Sozialpolitik.

IV. Die Kriſe in der Sozialpolitik.

V. Der Nationalſozialismus.
(Sozialismus und Sozialpolitik.)

I.

Die ältere historische Schule in der Nationalökonomie als Ausgangspunkt sozialpolitischer Bestrebungen.

Sozialpolitik ist ihrem Wesen nach immer antiliberal. Das Eingreifen eines Staates zugunsten einer bestimmten Bevölkerungsschicht steht im Widerspruch zur liberalen Wirtschaftsauffassung. Die Wurzeln sozialpolitischer Bestrebungen sind also in den Gegenströmungen zum Liberalismus zu suchen. Während bisher Ratio und Rentabilität herrschende Faktoren im Wirtschaftsleben waren, ist es das Verdienst der älteren historischen Schule, ethische Gesichtspunkte in die Auseinandersetzung über die Aufgaben der Sozialpolitik hineingetragen zu haben.

Mit dem Namen Roschers verbindet sich in sozialpolitischer Hinsicht die Vorstellung der Armenpflege. Sie war für ihn ein Gebiet, auf dem sich Nationalökonomie und Barmherzigkeit begegneten. Roscher hatte den Beruf eines Armenpflegers selbst eine Zeit lang in Leipzig ausgeübt. Als Dozent hielt er seit dem Jahre 1890 eine besondere dreistündige Vorlesung über Armenpolitik und Armenpflege. So war denn auch für ihn die Sozialpolitik im wesentlichen nichts anderes als Armenpflege. „Zum Begriff der Armut gehört", so führt er aus, „daß man, und zwar längere Zeit hindurch der unentgeltlichen Hilfe Anderer bedarf, die sich nicht speziell dazu verpflichtet halten. . . . . Wären alle Menschen wahre Christen, so würde es gar keine Armen und keine Armenpflege geben. . . ."*)

Die Entstehung der Armut führt er auf zwei Ursachen zurück: zu geringe Produktion und zu große Konsumtion. Erstere unterteilt er wieder in physische Arbeitsunfähigkeit, Arbeitsscheu und soziale Arbeitsunfähigkeit. Die physische Arbeitsunfähigkeit sei am häufigsten anzufinden bei Geisteskranken, altersschwachen Greisen, verwaisten Kindern und Kranken. An dieser Stelle beklagt sich Roscher über den in letzter Zeit abnehmenden Familiensinn; denn „ein wirklicher Familiensinn aller Familienmitglieder ist auch gegen Armut ein unschätzbares Präservativ."**) Wir sehen also hier ethische Motive zum Ausdruck gebracht; zugleich wird aber auch erkennbar, daß durch diese Art der Armenpflege das Uebel nicht bei der Wurzel gepackt, sondern am Symptom herumkuriert wird. Gerade hierdurch haben viele Nationalökonomen, die bestimmt nur Gutes für die Arbeiterschaft wollten, das Gegenteil erreicht.

*) W. Roscher: System der Armenpflege und Armenpolitik. 2. Auflage, Seite 1.
**) a. a. O. Seite 5.

Der Arbeitsscheu mißt Roscher nur geringere Bedeutung zu. Sie führe nur dann zu einer zu geringen Produktion, wenn eine alternde Kultur im Absterben begriffen sei oder werde nur auf den mittleren Kulturstufen wirksam. Den Grundanschauungen der historischen Schule gemäß beschränkt sich Roscher im wesentlichen darauf, eine historische Schilderung des Bettelwesens zu geben.

Klar und eindeutig erkennen wir aber die Grundzüge der Sozialpolitik Roschers bei seiner Stellungnahme zur „sozialen Arbeitsunfähigkeit". Unter sozialer Arbeitsunfähigkeit versteht er den Zustand, in dem der Arbeiter gern arbeiten möchte, jedoch keine Gelegenheit dazu findet. Wenn Roscher nun sagt: „Sie beruht immer auf einem Angebot von Arbeit, welches die Nachfrage überschreitet...",*) so kann man dies höchstens als eine nähere Auslegung des Begriffes „soziale Arbeitsunfähigkeit" bezeichnen, nicht aber als eine Erklärung für die Entstehung oder die Ursache desselben; denn dann wäre ja ein Zustand mit sich selbst erklärt und zugleich auch seine eigene Ursache. Als Ursachen für diese Art der Arbeitslosigkeit finden wir bei ihm einmal das Zurückbleiben der Konsumtion hinter der Produktion und das andere Mal die Uebervölkerung. Daß die Absatzkrisen im engsten Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit stehen, ist niemals bestritten worden, daß aber eine sogenannte Uebervölkerung ebenfalls die Ursache sein soll, müssen wir ablehnen. Gerade eine gesunde und starke Bevölkerungsvermehrung wird für die Wirtschaft immer ein belebender Faktor sein. Roscher lehnt sich in diesem Punkt noch stark an Malthus an, wenn er sagt, daß günstige Verhältnisse nur insofern anhalten können, als sich „die lohnarbeitende Bevölkerung eine höhere Lebenshaltung angewöhnt hat, und demgemäß bei der Eingehung von Ehen behutsamer verfährt. Sonst wird der Zustand der Uebervölkerung bald wiederkehren und könnte dann nur durch Auswanderung oder durch eine von Hunger und Elend bewirkte Volksverminderung gehoben werden."**)

Man kann selbstverständlich hier alle Argumente ins Feld führen, die man gegen die Lehre von Malthus mit Recht geltend gemacht hat. Ich erwähne an dieser Stelle nur die Tatsache, daß gerade in den minderbemittelten Kreisen ein größerer Kinderreichtum anzufinden ist, und daß mit einer Abnahme der Bevölkerung die an sich schon geringe Konsumtion noch mehr abnehmen muß, und dadurch das Uebel noch vergrößert wird.

Die von Roscher vorgeschlagene Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit ist mehr als unbefriedigend. „Nur eine wahre Bildung und Vorsicht der niederen Klassen kann diesem Uebel wirksam vorbeugen; so daß sie niemals leichtsinnig heiraten, immer für Alters- und Krankheitsfälle sparen usw.: also leben wie die Bürger. Damit ist die Möglichkeit, Schwierigkeit und Methode des einzigen Heilverfahrens zugleich angedeutet."**)

*) a. a. O. Seite 17.
**) a. a. O. Seite 19.

Diese Worte mußten doch für die Arbeiter wie ein Hohn klingen! Wie sollte es ihnen, die kaum das Nötigste hatten, um ihr Leben kümmerlich fristen zu können, möglich sein, noch für Alters- und Krankheitsfälle zu sparen? Gerade dieser Ausspruch „leben wie die Bürger" zeigt uns, mit welch einer erschreckenden Verständnislosigkeit man der damaligen Lage der Arbeiterschaft gegenüberstand. Liegt auch nicht schon in dem Begriff „niederen Klassen" — wenn vielleicht auch unbewußt — eine Wertschätzung, die die Lohnarbeiter als Menschen zweiter Klasse ansah? Unwillkürlich müssen wir uns hier die Frage stellen: Wo bleiben die Ermahnungen für die Unternehmer? Kann man ausgerechnet nur den Arbeiter für seine Notlage verantwortlich machen? Ist nicht gerade in dieser Zeit von seiten des kapitalistischen Bürgertums schwer gesündigt worden? In oft grenzenloser Profitgier wurde die menschliche Arbeitskraft brutal und rücksichtslos ausgebeutet und somit der Zerreißung des Volkes in Kapitalisten und Proletarier der Weg geebnet.

Die zweite Ursache für die Entstehung der „Armut" ist für Roscher die zu große Konsumtion. Es ist natürlich nicht abzuleugnen, daß es auch unter den Arbeitern Verschwender, Spieler und Trinker gibt. Diese Tatsache aber als einen Hauptgrund für die Entstehung der Notlage der Arbeiterschaft anzusehen, muß auf einer völligen Verkennung der tatsächlichen Lage beruhen. Es wäre vielleicht angebrachter, die mißlichen Verhältnisse für die Entstehung solcher Laster verantwortlich zu machen; denn oftmals mag es der Fall gewesen sein, daß ein Arbeiter, der in der Sorge für sich und seine Familie weder ein noch aus wußte, ein Opfer des Spiels oder der Trunksucht wurde. Die von Roscher empfohlenen Gegenmittel klingen uns heute so absurd, daß wir ihnen absolut kein Verständnis mehr entgegenbringen können. So empfiehlt er als das beste Mittel gegen die Trunksucht die „freiwillig organisierte öffentliche Meinung" in der Form von „Mäßigkeits- und Enthaltsamkeitsvereinen".

Wir sehen also, wie hier die Sozialpolitik durch das Hineintragen ethischer Gesichtspunkte zu einer bloßen Wohlfahrts- und Armenpflege herabsinkt.

Roscher erkannte die unhaltbare Lage der Arbeiterschaft und die sozialen Mißstände. Er hatte auch die Absicht, eine Besserung zu erzielen. Sein Mittel, die Armenpflege, konnte aber nicht wirksam sein, da es nicht die Wurzel des Uebels packte, sondern lediglich die äußeren Erscheinungsformen betrachtete.

Wenn nun Roscher wenigstens teilweise noch an das Vorhandensein gewisser Naturgesetze glaubte, so ging Bruno Hildebrand bereits wieder einen Schritt weiter. Wohl betont er, daß die Natur, der wir die Mittel zur Wirtschaft verdanken, bestimmten unwandelbaren Gesetzen unterworfen ist und die Wirtschaft natürlich von dieser Natur in gewisser Beziehung abhängig ist. Dagegen verneint er die Abhängigkeit der Menschen in ihren wirtschaftlichen Handlungen von diesen Naturgesetzen. Sein Kampf galt einmal dem Prinzip des „laisser faire" und das andere Mal

den sozialistischen Theoretikern seiner Zeit. In letzterer Hinsicht hat er sich insbesondere mit Engels auseinandergesetzt. Als Hauptargument gegen den Liberalismus führt er die Geschichte ins Feld. Er verweist auf das alte Rom und sagt:

„Dort wissen wir weder von einer gesetzlichen Beschränkung des Gewerbebetriebes, noch von Unteilbarkeit des Grundbesitzes, noch von einem beschränkten Niederlassungsrecht der freien Bürger, und dennoch sehen wir dort die Wirtschaft Italiens von Stufe zu Stufe unabhaltsam tiefer sinken, bis die ganze Bevölkerung in ihrem wachsenden Elend nationalökonomisch so verkommen ist, daß wir das stolze Rom schon in seiner Auflösung begriffen finden, ehe es noch der Sturmwind aus dem Norden in Trümmer warf."*)

Nicht die wirtschaftliche Freiheit allein sei das treibende Moment, sondern die im Volke wachsende sittliche Tatkraft. Sie müsse die Menschen von den sie beherrschenden egoistischen Momenten befreien und zu dem Standpunkt des öffentlichen Gemeinwohls führen. Nur die „öffentliche Moral" könne ihnen das Gefühl der Verbundenheit mit der gesamten Nation und der nationalen Arbeit verleihen. Diese sittliche Macht werde aber weder durch Maßnahmen der Regierungen noch durch wirtschaftliche Einrichtungen geschaffen. „Sie ist", wie er sagt, „ein geistiges Kapital der Völker, das nur durch lange harte Arbeit mühsam erworben wird, sie ist die langsam reifende Frucht einer großen erfahrungsreichen Geschichte, einer intensiven nationalen Kultur und eines fest geordneten freien Staatslebens."**)

Wenn nun Hildebrand behauptet, dieser Zustand könne weder durch Regierungsmaßnahmen noch durch ökonomische Institutionen erreicht werden, so sind diese Worte nur so auszulegen, daß die zu wünschende „öffentliche Moral" ein Produkt der Zeit sei, das nicht künstlich herbeigeführt werden kann. Demnach bliebe der Regierung auch nichts anderes übrig, als abzuwarten, bis dieser ersehnte Zustand kommt. In diesem Punkte können wir jedoch Hildebrand nicht zustimmen. Selbstverständlich muß anerkannt werden, daß der geistige Umbruch des Volkes, die Erziehung zu einem anderen sittlichen Ethos, nicht mit Gewalt stattfinden kann. Deshalb ist aber nicht gesagt, daß die Regierung nicht alle Maßnahmen ergreifen soll, um die Erreichung dieses Zieles zu beschleunigen. Wir sehen also hier wieder den Rest einer durchaus liberalen Ideenwelt, der sich auch in der rein politischen Anschauung Hildebrands offenbart; denn als die geeignetste Staatsform für die Bildung einer solchen sittlichen Macht bezeichnet er die parlamentarische Demokratie. Nur in ihr könne es ein richtiges Vertrauen der einzelnen Bürger zur Regierung geben. Selbstverwaltung, Selbsthilfe und Mitbestimmungsrecht sind die Grundpfeiler der von ihm geforderten Staatsform.

*) Bruno Hildebrand: „Die gegenwärtige Aufgabe der Wissenschaft der Nationalökonomie." Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister. Bd. 22. Seite 299.
**) a. a. O. Seite 302.

Weitaus wichtiger ist aber die Erkenntnis, daß das Eigentum verpflichtet und den Besitzenden gewissermaßen nur zu treuen Händen übergeben ist, mit der Bestimmung, es zum Wohle der Gesamtheit zu verwalten. Es wird somit eine Bresche geschlagen in die Auffassung, daß die Nationalökonomie eine Wissenschaft sei, die nichts anderes zu tun habe, als dem menschlichen Privategoismus eine wissenschaftliche Fundierung zu geben. Hildebrand betont, daß „die besitzenden Klassen, denen Glück und Talent durch ihren Reichtum eine größere Gewalt und einflußreichere Stellung zugeteilt haben, nur die Verwalter eines ihnen anvertrauten Gemeingutes sind, und daß sie mit ihrem Besitze auch die Verpflichtung übernommen haben, zur Hebung der nichtbesitzenden Klassen auf eine höhere Stufe der Zivilisation tätig mitzuwirken.“*)

Hildebrands scharfe Stellung gegen die sogenannten „ökonomischen Gesetze“ und der von ihm hervorgehobene Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ machten ihn zum Wegbereiter der Kathedersozialisten und überhaupt der Anhänger einer sozialen Reform; denn erst die Verneinung zwangsläufiger Naturgesetze macht ein sozialpolitisches Handeln möglich.

II. Das Zeitalter der Sozialgesetzgebung und Sozialpolitik.

1. Die Sozialliberalen.

Die Entwicklungslinie führt nunmehr von der älteren historischen Schule zur Gedankenwelt des Sozialliberalismus. Ein wichtiges Kennzeichen für den Sozialliberalismus gibt uns Herkner in seinem Werke „Die Arbeiterfrage“. Es ist die Stellungnahme zum Industrieproblem, die er in den Worten zusammenfaßt: „Wir können nicht mehr zurück! Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den Industrialismus und Kapitalismus voll zu entwickeln, ihnen aber soviel als irgend möglich zur Hebung der Arbeiterklasse abzunötigen.“**)

In diesen Sätzen ist der Beginn eines unseligen Kampfes dokumentiert. Aus ihnen entwickelten sich die Zwistigkeiten zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die zu Störungen des Wirtschaftslebens, zu Streiks und Aussperrungen führten. Dieser Streit, in dem beide Parteien nur auf ihre eigenen Interessen bedacht waren, findet in diesem Satze seine wissenschaftliche Fundierung. Man versuchte eben, dem Gegner jeweils soviel wie möglich „abzunötigen“. Einer der ausgesprochensten Vertreter dieser sozialliberalen Richtung ist Lujo Brentano. Brentano verdient hier eine besondere Betrachtung; denn er ist es gewesen, der der deut-

*) a. a. O. Seite 224.
**) Herkner: „Die Arbeiterfrage.“ 2. Band, Seite 178.

schen Gewerkschaftsbewegung die Ideen und praktischen Vorschläge für ihre Politik gegeben hat. Brentano ist gewissermaßen als das geistige Oberhaupt einer sozialliberalen Richtung anzusehen, deren Hauptprogrammpunkt die genossenschaftliche Selbsthilfe bildet. In seinem Werke über die „Arbeitergilden der Gegenwart" setzte er die Idee der organisierten Selbsthilfe der Arbeiter auseinander. Auf diesem Wege wollte er, ohne die Grundsätze der Freiheit zu verletzen, eine Verwirklichung der sozialen Reform erzielen. Brentano ist von allen Vertretern einer sozialen Reform noch am engsten mit dem Liberalismus verbunden. In seinem Buche „Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands" sagt er von sich selbst:

„Ich habe erzählt, daß ich vom juristischen Studium ausgegangen und ein insbesonders im römischen Recht durchgebildeter Jurist geworden bin; dementsprechend war ich auch ausgesprochener Individualist geworden; politisch war ich ..... Liberaler und stand auf dem Boden der in der Verfassung anerkannten Rechtsgleichheit aller Staatsbürger. Meine nationalökonomische Bildung hatte ich .... durch Studium von Adam Smith, Ricardo und der Schriften ihrer Schule, einschließlich derer, der sie im einzelnen korrigierenden Deutschen Hermann und Helferich erhalten."*) An einer anderen Stelle betont er nochmals, daß er Liberaler sei, und zwar „als Ausfluß einer in inneren Kämpfen erlangten Weltanschauung".

Brentano vertrat den Standpunkt, daß der Schwerpunkt der Gesamtinteressen auf die Erwerbszweige zu legen sei, von denen die Mehrzahl der Bevölkerung jeweils lebe. Deren Ueberschuß allein gestattete die Zuschüsse zu der Wirtschaft der Getreidebauern. Er betrachtet die agrarpolitischen Verhältnisse von der rein ökonomischen Seite und sagt, es sei unvernünftig, landwirtschaftliche Erzeugnisse im eigenen Lande anzubauen, die viel leichter und billiger importiert werden können. Brentano gab der deutschen Landwirtschaft nur insofern eine Existenzberechtigung, als sie sich auf die Viehzucht, den Rüben- und Hopfenbau, den Anbau von Handelsgewächsen, den Gartenbau sowie den Betrieb von Molkereien beschränkte. Die Folge solcher Ansichten war natürlich eine Vergrößerung der Landflucht. Der Zustrom zu den Industriegebieten wurde immer gewaltiger.

Wie glaubte nun Brentano der Lösung der sozialen Frage näher zu kommen? Die Arbeiterfrage erschien ihm „als die Aufgabe, die Unterschiede der gesellschaftlichen Klassen nicht zu beseitigen, wohl aber auf das Maß dessen zurückzuführen, was die Harmonie des Gesamtlebens erfordert."**) Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß ihm die Harmonie des Gesamtlebens nicht als Selbstzweck vorschwebte, sondern nur als Mittel zur möglichsten individuellen Freiheit jeder Einzelpersönlichkeit. Es ist merkwürdig, wie alle Gelehrten immer wieder die sich aus den Klassengegen-

*) Lujo Brentano: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands. Jena 1931. Seite 98.

**) L. Brentano: „Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht." Leipzig 1877. Seite 313.

sätzen ergebenden Mißstände erkennen und doch stets nur einen Ausgleich der bestehenden Gegensätze — meist im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung — predigen. Niemals hat jemand versucht, das Uebel an der Wurzel zu packen und sich energisch gegen diesen Begriff der „Klasse" überhaupt gewandt. Man entdeckte nur immer „naturgegebene", „unumstößliche", „nie zu beseitigende" und „unüberbrückbare" Interessengegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Niemals sah man aber das Gemeinsame, das alle verbinden kann, das Bewußtsein, an einem gemeinsamen Werk zu arbeiten. Die daraus entspringenden Kräfte zu erwecken, blieb erst Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung. Es ist erschreckend festzustellen, wie Brentano die sozialen Kämpfe im gewissen Sinne geradezu begrüßt und ihnen das Verdienst zuschreibt, ein neue größere Masse zur Kultur zu bringen.

Um diesen Mann als Sozialpolitiker richtig zu verstehen, ist es wichtig zu wissen, daß er die Arbeitskraft als Ware bezeichnet. Nach ihm verkauft der Arbeiter seine Arbeitskraft und erhält dafür die Gegenleistung des Arbeitgebers; sowohl die Ar beit als auch die Gegenleistung sind also nach seiner Auffassung eine Ware. Er betont dabei, daß die „Ware Arbeitskraft" einen Charakter habe, der sie von den anderen Waren maßgeblich unterscheide, und dies sei die unlösbare Verbundenheit der Arbeit mit der Person ihres Verkäufers. Dazu käme die Armut des Arbeiters, die ihn zwinge, seine Arbeitskraft um jeden Preis anzubieten. Brentano gibt uns selbst eine Schilderung der Verhältnisse, indem er sagt:

„So bieten die Arbeiter, wenn sie vereinzelt auftreten, in Folge der unlösbaren Verbindung ihrer Ware mit ihrer Person und regelmäßigen Armut, nicht bloß in jedem gegebenen Augenblick ihre Arbeit vorbehaltlos aus und sind deshalb ohne Einfluß auf die Arbeitsbedingungen, sondern auch beim Sinken der Nachfrage sind sie außer Stand gleich anderen Verkäufern willentlich durch Minderung des Angebotes ihrer Ware das Fallen des Preises derselben zu hemmen, beim Steigen der Nachfrage haben sie nur unter verhältnismäßig selten eintretenden Voraussetzungen bleibende Vorteile, und selbst auf das Angebot ihrer Ware auf dem zukünftigen Markte sind sie ohne Einfluß. So sind sie beim Abschluß des Arbeitsvertrages ganz in die Hände des Arbeitskäufers, d. h. ihres natürlichen Gegners im Preiskampf, gegeben; nur daß die unterste Grenze, unter die ihr Einkommen sinken kann, durch Elend und Tod, die höchste Grenze, die es erreicht, durch den Leichtsinn ihrer Genossen bestimmt wird. Die einzelnen Arbeiter selbst sind in Gegenwart und Zukunft einflußlos auf die Lohnhöhe. Und diese wirtschaftlichen Eigentümlichkeiten sind die Grundlage der Arbeiterfrage."*)

Wir sehen also, wozu diese Vorstellung der Arbeitskraft als Ware führt. Arbeiter und Unternehmer stehen sich dann als „natürliche Gegner", als Konkurrenten gegenüber. Die Lösung der Arbeiterfrage erblickte

*) a. a. O. Seite 210/11.

nun Brentano darin, den Arbeitern eine Kontrolle über das Angebot ihrer Arbeit auf dem Markte zu sichern. Es fehlte ihnen ja die nötige Freiheit und die Macht der Selbstbestimmung über ihre Person. Um nun diese zu erlangen, empfahl er als das wichtigste und wirksamste Mittel die Koalitionen. Sie ermögliche es den Arbeitern, bei der Festsetzung der Löhne mitzusprechen; durch sie werde also nach seiner Meinung der Arbeiter in die Lage versetzt, seine „Ware Arbeitskraft" mit Vorbehalt anzubieten. Die Koalition gebe überhaupt erst der Arbeit ihren eigentlichen Warencharakter. Der Arbeiter aber erlange durch sie gegenüber dem Unternehmer seine **Gleichberechtigung als Anbieter.**

Brentano hatte Gelegenheit gehabt, die englischen Gewerkvereine genau zu studieren und forderte eine ähnliche Einrichtung auch für Deutschland, damit durch sie eine Lohnerhöhung für die Arbeiterschaft erzielt werden könne; denn eine Lohnerhöhung erklärte er für unbedingt erforderlich, um die herrschende Notlage zu beseitigen. Wichtig ist auch seine eindringliche Mahnung, die deutschen Arbeiter nicht als Menschen zweiter Ordnung anzusehen. Mit scharfer Ironie wendet er sich gegen die Leute, die die Arbeiterschaft als eine sich in Kot und Laster wälzende Rotte bezeichnen, die nur den einen Wunsch habe, sich 24 Stunden am Tage den freien Künsten des Schlafens, Trinkens und Redehaltens zu widmen, nur weil sie in ihrer Not Versammlungen besuche, von denen sie glaube, daß ihr dort das Heil verkündet werde. Eine weitere Notwendigkeit sei die Verkündung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes. „Es bedarf", wie er sagt, „nur der ehrlichen und folgerichtigen Durchführung derjenigen Grundsätze, welche nicht nur die Grundlage der heutigen Gesellschaft, sondern auch die ideale Basis der gesellschaftlichen Zustände aller Zeiten sind: der persönlichen Freiheit **und Gleichheit Aller vor dem Rechte.**"**)

2. Der Staatssozialismus.

Unter Staatssozialismus verstehen wir nach Herkner diejenige Richtung, „welche die Lösung der wichtigsten Fragen durch gesetzlichen Zwang, durch Verstaatlichung und Kommunalisierung herbeizuführen bestrebt ist."***) Der Staatssozialismus findet vielfach in sozialpolitischen Werken eine etwas stiefmütterliche Behandlung. So widmet Herkner in dem oben erwähnten Werke dem markantesten Vertreter dieser Anschauung, Adolf Wagner, keine zehn Zeilen, während er Schmoller zum sozialreformatorischen Liberalismus rechnet. Dies ist wohl daraus zu erklären, daß Herkner ständig bemüht ist, den Liberalismus zu rechtfertigen und zu beweisen, daß Liberalismus und Sozialpolitik zwei Begriffe sind, die sich gegenseitig nicht ausschließen. So wendet er den Kunstgriff an und teilt Gustav Schmoller den sozialreformatorischen Liberalismus zu. Dies kann aber selbstverständ-

*) a. a. O. Seite 343.
**) Herkner: „Arbeiterfrage." Band 2. Seite 165.

lich nichts an der Tatsache ändern, daß Schmoller als Sozialpolitiker seinem Wesen und seiner Lehre nach unbedingt zu dem Staatssozialismus zu rechnen ist: denn er war es, der eine Gruppe von Männern um sich versammelte, die gerade den Staat zum Träger sozialpolitischer Maßnahmen erklärten. Der Name Gustav Schmoller ist in der deutschen Sozialpolitik zu einem Programm geworden. Er begründete die Pflicht des Staates für eine gerechte Sozialpolitik aus der altpreußischen Ueberlieferung. In einem 1874 gehaltenen Vortrage über „Die soziale Frage und der preußische Staat" wies er auf die bisherige Politik der Wohlfahrtspflege der preußischen Könige hin und leitete daraus die Pflicht des Staates ab, an die Lösung der Aufgabe heranzugehen, zwar mit anderen Mitteln, aber doch mit „demselben Geiste hochherziger idealer Auffassung der Zukunft, mit demselben Geiste versöhnlicher Gerechtigkeit und sympathischer Teilnahme für die unteren Klassen, mit demselben Geiste selbstvertrauender Gestaltungskraft, welcher die ältere preußische Sozialpolitik kennzeichnet".*)

In diesen Worten liegt auch gleichsam die ganze Grundanschauung der Schmollerschen Sozialpolitik. Gerechtigkeit, Sympathie für die unteren Klassen, d. h. Gemeinschaftsgeist und Staatsintervention, das sind die **Grundpfeiler seiner Lehre.**

Kurze Zeit nach Erscheinen jener Schrift erhob sich der leidenschaftliche Widerspruch Heinrich von Treitschkes, der in einer Gegenschrift „Der Sozialismus und seine Gönner" gegen Schmoller zu Felde zog. Er versuchte darin darzulegen, daß jede überhaupt nur denkbare Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft eine Klassenordnung sein müsse. Ein Versuch, durch soziale Reform die Gliederung der Gesellschaft aufzuheben, bleibe stets unausführbar, gleichviel von welcher Seite er komme. Für ihn sollte die Gesellschaft eine natürliche Aristokratie sein. Den Gedanken einer sozialen Reform an sich verwarf er nicht, nur waren die von ihm anerkannten und vertretenen Reformpläne in engen Grenzen gehalten. Eine soziale Reform, so meinte er, dürfe nicht auf dem schlechten Gewissen der Besitzenden, sondern auf der Hilfsbereitschaft und der allgemeinen Fürsorge beruhen. In dieser Schrift kam Treitschke zu dem berühmtn Satz, daß es keine Kultur ohne Dienstboten geben könne. Eine bestimmte Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung und das Bestehen von Klassenunterschieden sei unumgänglich. Hier müsse nun die Sozialpolitik einsetzen und die Arbeiter von der Notwendigkeit und Berechtigung der bestehenden Unterschiede überzeugen. Die Persönlichkeit eines starken gereiften Volkes könne niemals zur allseitigen Durchbildung gelangen ohne starke soziale Gegensätze. Wohl können wir Treitschkes wundervolle Worte über die Arbeit unterstreichen, wenn er sagt:

„Die Persönlichkeit des Menschen stellt sich dar, entfaltet sich in der Arbeit; der Geist gelangt zum Bewußtsein seiner Unendlichkeit nur, indem er sich endliche Zwecke setzt und für diese tätig ist. Genießend empfangen

*) Gustav Schmoller: „Zur Sozial- und Gewerbepolitik der Gegenwart." 1890. Seite 63.

wir von der Natur, arbeitend beherrschen wir sie. Darum ist jede redliche Arbeit ehrenvoll, das treue Schaffen auch für die niedersten Bedürfnisse der Gesellschaft kann den fleißigen Menschen niemals den ewigen Zwecken seines Lebens entfremden. Wer zum Meister ward in einem bescheidenen Berufe, steht sittlich höher als wer ein Stümper blieb in der edelsten der Künste."*)

Daraus erklärt sich auch Treitschkes Mahnung an die Katheder-sozialisten, nicht nur immer von sozialer Reform zu reden und die traurige Lage der Arbeiterschaft zu schildern, sondern auch die Arbeiter einmal an ihre Pflichten zu erinnern. Und dies führt ihn zur Religion. Das wahre Glück des Lebens dürfe nur in dem gesucht werden, was allen Menschen gemeinsam und erreichbar ist, in der Welt des Gemüts, „in dem reinen Gewissen, in der Kraft der Liebe, die den Einfältigen über den Klugen emporhebt, und vor allem in der Macht des Glaubens".**) Keine Sozialreform könne den arbeitenden Klassen jemals größeren Segen bringen als das Bibelwort: „Bete und arbeite!" „Wer aber den frommen Glauben, das Eigenste und Beste des kleinen Mannes zerstört, handelt als ein Verbrecher wider die Gesellschaft: darum ist gegen den Sozialismus nicht halbe und bedingte, sondern ganze und rücksichtslose Feindschaft geboten."***)

Die Religion soll also die Hoffnung ewiger Versöhnung und das Bewußtsein für Gerechtigkeit in diesem Leben wach halten und garantieren. Mit dieser Meinung und deren Veröffentlichung hatte sich Treitschke aber selbst einen schlechten Dienst erwiesen; denn gerade in jenen Worten fand der Satz von Marx, daß die Religion Opium für das Volk sei, seine glänzendste Bestätigung. Der marxistischen Propaganda wurde somit ihre Aufgabe erleichtert.

Bei diesem Punkt setzt nun auch Schmoller mit seiner Kritik ein. Er hebt hervor, daß es der größte Fehler sei, die Religion gleichsam als Lückenbüßer für menschliche Leistung und Hilfe benutzen zu wollen. Weiter wies er auf den Widerspruch hin, der sich daraus ergibt, daß Treitschke die Unzulänglichkeit des Daseins, des Irdischen behauptet, aber an das Emporwachsen einer natürlich-gerechten Ordnung glaubt, die sich durch Selbstentfaltung der bestehenden Verhältnisse entwickeln müsse. Treitschke versucht die freie Persönlichkeit vor der Herrschaft der entfesselten Masse zu schützen, während Schmoller sich die Aufgabe gestellt hat, die Masse zur freien Persönlichkeit zu bringen. Dabei wurde die Idee der freien Solidarität und Gerechtigkeit an die Stelle der individuellen schrankenlosen Freiheit gesetzt. Der Einzelne wird als eine dem Sittengesetz unterworfene Persönlichkeit aufgefaßt.

Die Sozialpolitik wurde maßgebend beeinflußt durch den Umschwung von der individualistischen zur universalistischen Staatsidee. So ist auch der Universalismus die Grundlage Schmollerscher Sozialpolitik, deren Haupt-

*) Heinrich v. Treitschke: „Der Sozialismus und seine Gönner." Berlin 1875. Seite 30.
**) a. a. O. Seite 31.
***) a. a. O. Seite 34.

aufgabe für ihn darin besteht, einen immer größeren Teil der Nation an den höheren Gütern der Kultur, an Bildung und Wohlfahrt teilnehmen zu lassen. Es ist allerdings hier sehr schwierig, eine Gestaltungsmöglichkeit zu finden, denn Schmoller glaubt zunächst noch an die Allgemeingültigkeit des liberalen Wollens, über dem aber als letztes Ziel die Gerechtigkeit schwebt. Treitschkes Versuch einer Lösung muß deshalb scheitern, weil er aus der Idee der Freiheit an sich, aus der sich selbst verantwortlichen Persönlichkeit allein eine Gemeinschaft — die aristokratische Gesellschaft — entwickeln will.

Diese Auseinandersetzung der beiden Männer ist für uns deshalb so wertvoll, weil hier, wie bei jeder ernsthaften wissenschaftlichen Diskussion, die Gegner gezwungen werden, ihre Meinung mit unbedingter logischer Schärfe darzulegen. Wir können daraus entnehmen, daß es für einen wirtschaftlich-politischen Liberalismus in der sozialen Frage keinen Ausweg gibt. Weiter ersehen wir, wie die Sozialpolitik zu einer der brennendsten Fragen im Ausgange des 19. Jahrhunderts wurde.

Um die Bedeutung Schmollers als Sozialpolitiker richtig würdigen zu können, ist eine Betrachtung seiner Rede zur Eröffnung der Besprechung über die soziale Frage in Eisenach vom 6. Oktober 1872 unumgänglich. Die in dieser Rede enthaltenen Gedanken waren nicht nur die Meinung eines einzelnen Mannes, sondern gleichsam das Programm des „Vereins für Sozialpolitik". Sie bildeten die Grundlage einer sozialreformatorischen Richtung, der sogenannten „Kathedersozialisten", die sich unter der geistigen Führung von Schmoller im Jahre 1873 im Verein für Sozialpolitik zusammenfanden. In dieser Ansprache erklärte Schmoller von sich und seinen Gesinnungsgenossen:

„Aufrichtig dem konstitutionellen System ergeben, wollen sie doch nicht eine wechselnde Klassenherrschaft der verschiedenen einander bekämpfenden wirtschaftlichen Klassen; sie wollen eine starke Staatsgewalt, welche, über den egoistischen Klasseninteressen stehend, die Gesetze gebe, mit gerechter Hand die Verwaltung leite, die Schwachen schütze, die unteren Klassen hebe; sie sehen in dem zweihundertjährigen Kampfe, den das preußische Beamtentum und das preußische Königtum für Rechtsgleichheit, für Beseitigung aller Privilegien und Vorrechte der höheren Klassen, für Emanzipation und Hebung der unteren Klassen siegreich gekämpft, das beste Erbteil unseres deutschen Staatswesens, dem wir niemals untreu werden dürfen."*)

Wir bemerken hier bereits, daß die Forderung nach einer „starken Staatsgewalt" von dem eigentlichen Staatssozialismus eines Adolf Wagner noch weit entfernt ist. Schmoller betont dann weiter in seiner Rede, die sich in scharfen Wendungen gegen den Liberalismus auf der einen und den Sozialismus auf der anderen Seite ergeht, daß die Gesellschaft mit einer Stufenleiter zu vergleichen ist, deren Mittelstufen weggerissen worden sind,

*) G. Schmoller: „Zur Sozial- und Gewerbepolitik der Gegenwart." Leipzig 1890. Seite 9.

wodurch der Aufstieg von den unteren zu den oberen Stufen unmöglich wäre. Um das Elend und die damit verbundene Unzufriedenheit der unteren Klassen zu beseitigen, sei es unbedingt erforderlich, „die unteren Klassen soweit zu heben, zu bilden, zu versöhnen, daß sie in Harmonie und Frieden sich in den Organismus der Gesellschaft und des Staates einfügen".*)

Ausgangspunkt für die Reformen soll das Bestehende sein. An dem existierenden Organismus will man nichts ändern. Das Grundprinzip der Freiheit wurde aufrecht erhalten, man verlangte aber, daß diese Freiheit „durch die Oeffentlichkeit kontrolliert werde, und daß, wo die Oeffentlichkeit tatsächlich fehlt, der Staat untersuchend eintrete und, ohne in die Untersuchung sich zu mischen, das Resultat publiziere".**)

An der Gesellschaftsordnung soll also nicht gerüttelt werden; denn wirkliche Fortschritte in der Geschichte könnten nur das Ergebnis jahrhundertelanger Arbeit sein. So müssen wir denn zu der Ueberzeugung kommen, daß auch Schmoller glaubte, eine Besserung könne nur erzielt werden durch einen Kampf für die soziale Reform, der sich mindestens über mehrere Generationen erstrecken mußte. Es ist aber vergeblich, an höhere Ideale zu erinnern, wenn man zur selben Zeit die Menschen hartnäckig um ihre materiellen Interessen und um ihre Existenzgrundlage kämpfen läßt.

In der staatlichen und gewerkschaftlichen Fürsorge für die Arbeiterschaft sieht er bereits den ersten Schritt zur Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit. Der beginnende Ausbau einer Sozialversicherung sei dazu angetan, den Arbeiter davon zu überzeugen, daß man ihn als gleichwertiges Glied der Nation ansehe. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit müsse auf diese Weise allmählich verschwinden. Die geschichtliche Entwicklung hat aber gerade das Gegenteil bewiesen. Die Sozialgesetzgebung hat in Deutschland vor und nach dem Kriege immer größere Fortschritte gemacht, und trotzdem sind die Klassengegensätze bis zum Jahre 1933 immer größer geworden. Schmollers Glaube an einen Bund zwischen Monarchie und Arbeiterwelt ist also nicht in Erfüllung gegangen, obgleich eine „erheblich weitere Umbildung im Sinne der sozialen Reform, im Interesse der Arbeiter"***) stattgefunden hat. Wir müssen also feststellen, daß Schmollers Urteil für die künftige Entwicklung der sozialen Lage zu optimistisch gewesen ist.

Bemerkenswert ist seine Stellung zur sozialen Klassenbildung überhaupt. Gemäß seiner nationalökonomischen Einstellung erklärt er ihre Entstehung historisch. Die geschichtlichen Unterschiede des Berufes und der Arbeit sind nach ihm die eigentlichen Entstehungsgründe. Die Verschiedenheiten des Besitzes seien auch heute noch die Folge, nicht aber die Ursache für die klassenmäßige Schichtung der Nation. Unter Klasse versteht er diejenige

*) a. a. O. Seite 11.
**) a. a. O. Seite 12.
***) G. Schmoller: „Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre." 1923. Teil 2. Seite 647.

Gruppe einer arbeitsteiligen Gesellschaft, die „durch gleiche oder ähnliche Eigenschaften und Lebensbedingungen, durch gleiche oder ähnliche Berufs- und Arbeitstätigkeit, durch gleiche oder ähnliche Besitzart und Besitzgröße, durch gleiche oder ähnliche Art der Einfügung in die Ordnung der Volkswirtschaft und des Staates, durch gleichen oder ähnlichen Rang in der hierarchischen Gesellschaftsordnung, durch gleiche oder ähnliche Interessen aller Art ein Bewußtsein der Zusammengehörigkeit haben und dem Ausdruck geben".*)

Diese Klassen seien also psychologisch-soziale Bande, in denen ein ständig wachsender Gemeinschaftsgeist zum Ausdruck käme, und deren Herausbildung eine Notwendigkeit sei. Schmoller wendet sich nun keinesfalls g e g e n eine soziale Klassenbildung. Sein Ausspruch „keine höhere Kultur ohne Klassen" besagt sogar das Gegenteil. Jede Klasse habe ihre bestimmte Funktion, ja die Klassen selbst stünden wiederum untereinander in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Er schließt sich Treitschke an, wenn er darlegt, daß die unteren Klassen der Jungbrunn der Gesellschaft seien, die dieser immer wieder neue Kräfte zum Auftrieb zur Verfügung stellten. Auf der anderen Seite erhielten die unteren Klassen ihre geistigen Führer von den oberen Klassen. Er geht dann noch weiter, wenn er behauptet: „Die Klassensitte und die Klassenehre erzieht, sittigt, zwingt zu Opfern, zu Zuflucht, zu Gehorsam. Jede Klasse bringt in sich eine neue Art der Aristokratie in ihren Führern hervor."**)

Er erkennt jedoch auch die Gefahr, die durch die Entstehung der Klassengegensätze gegeben ist. Jede Klasse werde versuchen, die Herrschaft für sich zu erringen, und es sei anzunehmen, daß genau wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft das Ringen der Klassen um die Staatsmacht die Geschichte erfülle. Durch politische Bildung der Massen und soziale Reformen müsse versucht werden, Auswüchse in diesen Kämpfen zu vermeiden.

Hier können wir Schmoller nicht zustimmen. Eine Bejahung der Notwendigkeit sozialer Klassen würde Verewigung des Klassenkampfes bedeuten. Alles, was der einzelne aufbringt an Opfern, Zucht und Gehorsam, bringt er nur für einen kleinen Teil der Volksgemeinschaft auf, damit dieser umso stärker wird in der Bekämpfung eines anderen Teiles der Nation. Die von Schmoller so besonders betonten guten Eigenschaften der Klassenehre und Klassensitte wirken sich also nicht f ü r, sondern g e g e n die Gesamtheit aus. Sein Versuch, die Entstehung und Notwendigkeit der sozialen Klassen historisch zu rechtfertigen, muß als gescheitert gelten.

Zusammenfassend können wir sagen, daß Schmollers Sozialpolitik getragen wurde von der Idee des suum cuique und daß es sein Hauptziel war, der Gerechtigkeit in der Volkswirtschaft zum Siege zu verhelfen. Man vermißt jedoch eine klare Bestimmung der höchsten Zwecke der „Gesellschaft". Sowohl die sozialen Pflichten des Einzelnen als auch die Aufgaben des

*) G. Schmoller: „Die soziale Frage." 1918. Seite 142.
**) a. a. O. Seite 185.

Staates werden dadurch nur formal und nicht inhaltlich bestimmt. Weiter müssen wir feststellen, daß er, wie bereits schon angedeutet, höchstens als Vorläufer des Staatssozialismus anzusehen ist; denn er wandte sich scharf gegen alle sozialistischen Experimente. Auch eine absolutistische Staatstheorie lehnte er ab. Der Staat sollte nur dann eingreifen, wenn es galt, die unteren Klassen vor dem menschlichen Eigennutz zu schützen.

Als den konsequentesten Vertreter und darüber hinaus als den eigentlichen Schöpfer des Staatssozialismus müssen wir Adolf Wagner ansehen. Er war ursprünglich ein Anhänger des Volkswirtschaftlichen Kongresses, also der Manchesterpartei und hatte, wie Brentano sagt, „das Feld seiner Studien vom Geld- und Bankwesen und von Finanzfragen auf soziale Probleme erweitert und war aus einem manchesterlichen Saulus ein staatssozialistischer Paulus geworden.“*)

Was Wagner an Schmollers Lehren unterstützte und anerkannte, war die Tatsache, daß die Nationalökonomie wieder mehr den Charakter einer ethischen Wissenschaft erhalten müsse. In seiner so berühmt gewordenen Rede über die soziale Frage setzte er seinen Standpunkt auseinander. Dabei wandte er sich auch zu gleicher Zeit gegen den „jüngeren Historismus“ und betonte, daß die alleinige Erforschung des geschichtlichen und natürlichen Werdens nicht genügen könne. Es sei vielmehr erforderlich, die Idee der sittlichen Verantwortlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Die Auffassung Schmollers war ihm noch zu eng und auch zu kompromißbereit. Er wollte die soziale Reform prinzipiell und in all ihren Teilgebieten aufrollen. Das erste Ziel müsse die Erreichung eines besseren Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein. An dieser Stelle macht er einen Vorschlag, der in ähnlicher Form in der Deutschen Arbeitsfront seine Verwirklichung gefunden hat.**) Er fordert nämlich Arbeiterkammern auf gesetzlicher Grundlage, in denen beide Parteien ihre Angelegenheiten zu besprechen und zu regeln haben.

Weiter legt er die Notwendigkeit einer Beschränkung des Grundeigentums und die bessere Verteilung der Steuerlast dar. Vor allen Dingen aber wird von ihm die Wichtigkeit der Staatshilfe betont. Wohl sei die Freiheit dem Zwang vorzuziehen, dafür sei aber die Zeit noch nicht gekommen. Noch müsse der Staat die Menschen durch Zwang und Gesetz an ihre einfachsten Christenpflichten erinnern. Staatshilfe und Selbsthilfe müßten sich somit gegenseitig ergänzen. Und damit kämen wir zu dem Kernstück von Adolf Wagners Lehren, dem Staatssozialismus. Wagner bekennt sich als Schüler von Schäffle und Rodbertus. Besonders mit Rodbertus, der als erster den Staat zur Lösung der sozialen Frage einsetzen wollte, stand er in enger Fühlung. Der Staatssozialismus als ökonomische Doktrin und als System der Wirtschaftspolitik sollte

*) Brentano: „Mein Leben.“ Jena 1930. Seite 76.

**) Adolf Wagner: „Rede über die soziale Frage.“ (Gehalten in der Versammlung evangelischer Männer, Oktober 1871.) Berlin 1871.

zwischen dem Individualismus und dem Sozialismus eine vermittelnde Stellung einnehmen. Er erkannte die sozialistische Kritik an dem Bestehenden als zum Teil berechtigt an. Auf der anderen Seite verwarf er den schrankenlosen Individualismus, der keine sozialen Rücksichten kannte.

„Demgemäß vertritt auch der Staatssozialismus und mit aus Gründen der sozialistischen Kritik die Ersetzung von Privateigentum an Kapitalien und Grundstücken durch „gesellschaftliches", d. h. aber gleich genauer bezeichnet durch staatliches, kommunales und dgl. Eigentum und damit die Ersetzung von Privatwirtschaft durch Gemeinwirtschaft."*)

Aber diese Einschränkung des Privateigentums wird — wie es in den folgenden Sätzen heißt — nur dann gefordert, wenn es „nach der Lage der konkreten Verhältnisse, ökonomisch und technisch möglich und zweckmäßig und zugleich sozialpolitisch wünschenswert und passend ist". Daraus ist zu entnehmen, daß der erste Satz, in dem die Ersetzung der Privatwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft verlangt wird, eine erhebliche Abschwächung erfährt; denn grundsätzlich — oder wie Wagner sagt — „für den größten Teil der Volkswirtschaft" zieht der Staatssozialismus eine private Eigentumsordnung und privatwirtschaftliche Organisation vor. Natürlich geschieht diese Anerkennung des Privateigentums nicht im Interesse des Einzelbesitzers, sondern im Interesse der Allgemeinheit, wie überhaupt bei Wagner die Gesamtheit immer im Vordergrund steht. So ist auch das Ziel seiner Arbeit nicht die Hebung der sogenannten unteren Klassen um ihrer selbst willen, sondern es handelt sich für ihn stets darum, die Interessen der ganzen Volksgemeinschaft wahrzunehmen.

Wir sehen also, daß Wagner grundsätzlich das Privateigentum anerkennt, neben den Willen des Eigentümers aber auch den des Staates setzt, der ihm ja eigentlich erst das Recht am Eigentum gewährt. In Anlehnung an Schäffle und Rodbertus bejaht er das Gesetz der wachsenden Staatstätigkeit. Mit dem Entstehen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft und ihren Großbetrieben werde der Staat immer mehr gezwungen, Teilgebiete der Wirtschaft in seine eigene Hand zu nehmen. In einem solchen System kann dann der Staat die Grundlagen der Wirtschaft selbst bestimmen. Bringen wir nun diese Ideen mit dem Eigentumsbegriff Wagners in Zusammenhang, so läßt sich daraus leicht die Rechtfertigung für den Staat ableiten, Enteignungen zu sozialpolitischen Zwecken vorzunehmen. Das Eigentum ist demnach an die Gesamtzwecke der Nation gebunden. Man hat Wagners Staatssozialismus im Hinblick auf seine nur teilweise Ablehnung des Privateigentums auch „partiellen Sozialismus" genannt, im Gegensatz zu dem „totalen marxistischen Sozialismus".

Aus seiner staatssozialistischen Anschauung erklärt sich auch die Auffassung, die er über die Sozialpolitik hat. In einem Aufsatz über soziale Finanz- und Steuerpolitik sagt er: „Unter Sozialpolitik im allgemeinen

*) Adolf Wagner: „Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie." Grundlegung der politischen Oekonomie. 3. Auflage. 1892. 1. Teil. Seite 59.

verstehen wir diejenige Politik des Staates, welche Mißstände auf dem Gebiete des Verteilungsprozesses mit Mitteln der Gesetzgebung und Verwaltung zu bekämpfen sucht."*)

Als die Ursachen für die Mißstände bezeichnet er die privatwirtschaftliche und individualistische Organisation der Volkswirtschaft und das diese Organisation beherrschende Rechtsinstitut „des Privateigentums an den sachlichen Produktionsmitteln, an Boden und Kapital, sowie des leitenden Wirtschaftsgrundsatzes der freien wirtschaftlichen Konkurrenz, des freien Verkehrs, der lediglich vertragsmäßigen Regelung aller wirtschaftlichen Beziehungen unter den arbeitsteilig verbundenen Gliedern der Volkswirtschaft, unter den Einzelwirtschaften".**) Das Bestreben nach einem Ausgleich ringe um gesetzliche Anerkennung, und so kommt er zu dem Schluß, daß die Sozialpolitik in Wirklichkeit nichts anderes sei als eine Korrektur der durch den wirtschaftlichen Liberalismus entstandenen Mißverhältnisse. Ihre letzte Aufgabe bestehe dann darin, durch Staatsinterventionen einen Ausgleich der Klassengegensätze zu erreichen, um die Einheit der Nation nicht zu gefährden. Die Aktivierung sämtlicher dem Staate zur Verfügung stehenden Mittel und Maßnahmen ist Wagners eindringlichste Forderung. So ist es für ihn bezeichnend, daß er der Finanz- und Steuerpolitik große sozialpolitische Bedeutung beimaß. Sie sollte entscheidend dazu verhelfen, die Einkommens- und Vermögensunterschiede auszugleichen. Die gerechte Verteilung der Steuerlast hatte vor allen Dingen die Aufgabe, den Luxus zu beseitigen und das private Grundeigentum zu beschränken. Eine solche finanzielle Sozialpolitik könne sich auf die Art der Beschaffung der Einnahmen und auf die Verwendungszwecke der Ausgaben beziehen. Das Ziel dieser Politik könne zweierlei Art sein. „Einmal können Mißstände in Frage stehen, welche sich ohne Mitschuld des Finanzwesens in der durch den Verteilungsprozeß bedingten wirtschaftlichen Lage der Klassen und einzelnen ergeben haben; sodann kann es sich um Mißstände handeln, welche gerade durch das Finanzwesen, insbesondere durch die Errichtung der Besteuerung, in dieser Lage hervorgerufen worden sind."***)

Er betont dann, daß die zweite Art natürlich nichts weiter sei als die Korrektur der gerade durch die Finanzmaßregeln hervorgerufenen Mißstände. Anders sei es jedoch bei der ersten Art. „Eine solche erscheint uns als eines der aussichtsvollsten und — was besonders wichtig ist — verhältnismäßig leicht zu handhabenden Mittel einer wirklich in das Wirtschaftsgetriebe regulierend und korrigierend eingreifenden allgemeinen Sozialpolitik."****)

Wir sehen also bei Wagner den sozialpolitischen Standpunkt zum ersten Male in der Finanzwirtschaft berücksichtigt. Es ist nicht zuletzt sein

*) Brauns Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik. Band 4. 1891. Seite 4.
**) a. a. O. Seite 7.
***) a. a. O. Seite 4.
****) a. a. O. Seite 5/6.

Verdienst, wenn das Finanzwesen allmählich immer mehr von sozialen Gedanken durchdrungen wurde.

Zusammenfassend können wir sagen: Wagners Lehren gipfelten darin, die soziale Frage einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen und vor allem einen gangbaren Weg zu ihrer Lösung zu finden. Er knüpft dabei an das Bestehende und Gewordene an und versucht aus dessen Fortbildung und Entwicklung ein neues System zu bilden. Der von ihm vertretene Staatssozialismus ist ein Kompromiß zwischen dem Liberalismus und dem Sozialismus der Vorkriegszeit. Er versucht aus beiden Anschauungen die ihm richtig erscheinenden Kernpunkte zu übernehmen, dabei aber ihre Fehler zu vermeiden. So spricht er dem Sozialismus das Verdienst zu, zuerst die Schäden des bestehenden Systems erkannt zu haben. Durch die sozialistische Kritik sei erst die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die bestehenden Mißstände gelenkt worden. Wagners ablehnende Haltung gegenüber dem Sozialismus bezieht sich hauptsächlich auf dessen „einseitige und übertreibende" Hervorhebung des leitenden Gedankens der „materiellen Geschichtsauffassung", ferner auf die vollends einseitigen Konsequenzen, welche aus letzterer zur Erklärung der geschichtlichen Entwicklung des Wirtschaftslebens und des ganzen Gesellschafts-, Kultur- und Geisteslebens gezogen werden. Weiter sagt er: „Meine Abweichungen sind endlich, im Zusammenhang mit dem eben Gesagten und nach den früheren Ausführungen vor allem psychologischer Art."*)

Mit einem solchen, wie wir vielleicht sagen können, kombinierten System, wollte er versuchen, einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen Klassen herbeizuführen, ohne dabei die volkswirtschaftliche Produktivität zu stören. Das Gedeihen des Volksganzen ist dabei sein erstes Ziel. Dies glaubt er am besten dadurch zu erreichen, daß er das Los der unteren Klassen zu erleichtern sucht.

Aus der Vereinigung der beiden Systeme ergibt sich wohl ein Kompromiß, aber doch kein ungeordnetes Nebeneinander. Seine Lehre als geschlossenes Ganzes leidet aber unter dem Sowohl-als-auch praktischer Möglichkeiten, die er gegeneinander abwägt. Gegen diesen Vorwurf versuchte er sich selbst zu verteidigen. Er wies auf die Geschichte hin und betonte, daß niemals ein System in absoluter Reinheit bestanden habe, und daß es stets zu Kompromissen zwischen Individualismus und Sozialismus gekommen sei. Seine Meinung geht dahin, daß es auch immer so bleiben werde, solange die Menschheit existiere. Aber gerade aus diesem Argument könnte man genau so gut das Gegenteil beweisen; denn eine bestimmte Weltanschauung oder ein bestimmtes System war immer dann seinem Ende am nächsten, wenn es geneigt war, Kompromisse mit gegensätzlichen Anschauungen zu schließen. Die Folge aus dieser Ueberlegung ist dann diese, daß nur die Weltanschauung sich behaupten kann, der es gelingt, sich in ihrer Reinheit kompromißlos zu erhalten. Können wir also in diesem einen Punkte mit

*) Adolf Wagner: Grundlegung. Seite 38.

Adolf Wagner nicht übereinstimmen, so wäre es doch ungerecht, ihm deswegen den Vorwurf der Halbheit oder Kritiklosigkeit zu machen. Für uns bleibt er einer der bedeutendsten Theoretiker der sozialen Reform. Am besten wird wohl M. Sering dem Forscher gerecht, wenn er sagt: „Und wenn er ein Gelehrter von Weltruf wurde und seine Wissenschaft ein Gemeingut aller Völker, so hat alle seine Arbeit doch eine so warme nationale Färbung, daß man ihn genauer noch als Theoretiker und Mitarbeiter der deutschen Sozialreform zu bezeichnen hat."*)

Daß Wagners Gedanken auf fruchtbaren Boden gefallen waren und auch für die Praxis erhebliche Bedeutung gewonnen haben, beweisen uns die Jahre von Deutschlands Aufstieg. Diese Zeit ist untrennbar verbunden mit dem Namen eines Mannes, dem Schmied des Deutschen Reiches, Otto von Bismarck. In ihm fand der Staatssozialismus in seiner praktischen Anwendung höchste Vollendung. Während seiner Kanzlerschaft wurde er zum vornehmsten Urheber sozialpolitischer Gesetzgebung in Deutschland. Er war Nationalist und Sozialist zu gleicher Zeit. Man hat Bismarck den Vorwurf gemacht, seine Stellungnahme zur Arbeiterfrage sei zwiespältig und wechselvoll gewesen und hat diese Behauptung unter Hinweis auf die Tatsache zu stützen gesucht, daß er seine Politik einmal mit Hilfe der Liberalen und das andere Mal mit Hilfe der Konservativen gemacht habe. Dieser Vorwurf trifft Bismarck aber zu Unrecht; denn das Ziel seiner Politik ist auf allen Gebieten im wesentlichen immer gleich geblieben, wenn auch die Mittel zur Erreichung dieses Zieles im Laufe der Zeit manchmal gwechselt wurden. Er stand über den Parteien, die er lediglich als seine Werkzeuge benutzte. Sein unerschütterlicher Glaube an die Mission der deutschen Kaiser, verbunden mit staatssozialistischen Ideen, bildeten die Grundlagen der von ihm verfolgten Politik.

Mit seinem großen Werk der Einigung Deutschlands schuf er auch erst die Voraussetzung für eine eigentliche deutsche Sozialpolitik. Das von ihm errichtete Reich war aufgebaut auf dem innerlich bereits im Absterben begriffenen Kaisergedanken und liberalistischen Gedankengängen. Obgleich Bismarck selbst konservativ und nicht liberal eingestellt war, mußte er diese Staatsform wählen, da die damalige Zeit in all ihren Grundsätzen noch liberal war. So ist es erklärlich, daß nur ein Mann, wie es Bismarck selbst war, dieses Reich aufrecht und zusammenhalten konnte.

Durch die Reichsgründung erhielt die deutsche Wirtschaft erst die Stellung im Rahmen der ganzen Weltwirtschaft, die ihr die Grundlage zu einem gewaltigen Auftrieb gab. So trat denn in Deuschland der Kapitalismus mit seinen Schattenseiten erst zu einem Zeitpunkt auf, in dem die anderen europäischen Länder bereits die ersten Schritte zu seiner Ueberwindung unternommen hatten. Man sollte meinen, daß es Bismarck um so leichter geglückt wäre, sein Ziel zu erreichen, sämtliche Kräfte der Nation

*) M. Sering: Zum 70. Geburtstag von Adolf Wagner. In Schmollers Jahrbuch, Jahrgang 1905. 2. Heft, Seite 4.

zu dem großen Werk der Einigung zusammenzuschweißen und alles niederzuringen, was Deutschland und die Sicherheit des Reiches bedrohte. Man müßte weiter annehmen, daß die Erfahrungen der außerdeutschen Länder genügend Klarheit gegeben hätten, um die Schrecken und Gefahren sozialer Kämpfe gleich von vornherein im Keime zu ersticken. Leider gestaltete sich aber die Wirklichkeit ganz anders. Während sich das Volk immer mehr in Parteien und Klassen spaltete, schuf Bismarck eine Arbeiterversicherung, die für die ganze Welt zum Vorbild wurde. Er wollte der Arbeiterschaft zeigen, daß sie nur dann bestehen könne, wenn sie auch selbst ein Interesse an der Erhaltung des Reiches habe. Es ist als die Tragik des Kanzlers anzusehen, wenn die von jüdisch-marxistischem Geist beeinflußte deutsche Arbeiterschaft dem Manne die Gefolgschaft versagte, dessen Lebenswerk das Ringen um die Seele des deutschen Arbeiters war. Wenn Bismarck sich mit der ganzen Macht seiner Persönlichkeit für die arbeitenden Menschen einsetzte, so tat er es doch nicht um ihrer selbst willen, sondern ihm ging es um die Gesamtheit der Nation. Obwohl er stets gläubiger Christ und Protestant war, ist doch die Triebkraft seines sozialpolitischen Handelns weniger das Mitgefühl oder gar ein religiöses Motiv gewesen, sondern vielmehr immer die Staatsräson. In diesem Sinne sind auch seine Worte zu verstehen, mit denen er am 18. Mai 1889 die von ihm geschaffene Invaliditäts- und Altersversicherung im Reichstag begründete. Dort sagte er u. a.: „... Wenn wir 700 000 kleine Rentner, die vom Reiche ihre Renten beziehen, haben, gerade in diesen Klassen, die sonst nicht viel zu verlieren haben, und bei einer Veränderung irrtümlich glauben, daß sie viel gewinnen können, so halte ich das für einen außerordentlichen Vorteil; wenn sie auch nur 115 bis 200 Mark zu verlieren haben, so erhält sie doch das Metall in ihrer Schwimmkraft, es mag noch so gering sein, es erhält sie aufrecht.“*)

Diese Worte lassen deutlich Bismarcks staatsmännische Einstellung erkennen. Seine Haltung gegenüber der Arbeiterschaft war stets so eingestellt, wie es das Gesamtwohl des Staates erforderte. Er war in erster Linie immer Nationalist, und aus dieser seiner nationalistischen Einstellung heraus ist er auch immer Sozialist gewesen. Gerade in Bismarck findet die alte Wahrheit ihre Bestätigung, daß man nur dann wirklich national sein kann, wenn man auch sozialistisch ist. Es ist ein Unding und wirkt geradezu lächerlich, wenn man auf der einen Seite immer wieder seinen Nationalismus hervorzuheben sucht, auf der anderen Seite aber absolut kein Verständnis für seine ärmeren Volksgenossen aufbringen kann und in diesen Menschen zweiter Klasse sieht. Diesen Grundsatz vertrat auch Bismarck. Was er als nützlich und zweckmäßig für die gesamte Nation erkannte, verfocht er mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit. Die salus publica galt ihm als oberstes Leitprinzip.

*) Aus einer Reichstagsrede im Mai 1889. „Bismarcks politische Reden.“ Herausgegeben von H. Kohl. Band 12, Seite 639 ff.

Das Wort und der Begriff Sozialismus war zu Bismarcks Zeiten mit der Vorstellung an etwas Unanständiges, Unfeines und Rohes verbunden. Im allgemeinen stellte man damals noch den Sozialismus mit dem Marxismus auf eine Stufe. Das Verdienst des Kanzlers ist es gewesen, mit dieser Vorstellung gebrochen zu haben. Er hat dem deutschen Sozialismus einen neuen Inhalt und eine neue Sinndeutung gegeben. Für ihn war der Sozialismus kein Schreckgespenst mehr. Mit Stolz bekennt er sich zu den sozialistischen Maßnahmen der von ihm geleiteten Reichsregierung und hebt hervor, daß sich der Staat wohl überhaupt etwas mehr Sozialismus angewöhnen müsse. Sein Bekenntnis zum Sozialismus legte Bismarck vor allen Dingen in einer Rede ab, in der er das Tabakmonopol vertrat. Wir finden hier gewisse Anlehnung an Adolf Wagner; denn aus dem Ertrag des Tabakmonopols sollte ein Fonds zu Gunsten der Arbeiterschaft gebildet werden. Die Finanzpolitik hatte also einen sozialpolitischen Zweck. Die staatlichen Einnahmen für die Versicherungszuschüsse sollten auf einer gesunden Grundlage beruhen. Wichtig ist hierbei aber besonders, daß die Gesamtheit mit herangezogen werden sollte, um die Not der Arbeiter zu lindern. So sei es auch die Pflicht des Staates, für seine hilflosen Mitbürger zu sorgen, um berechtigte Klagen zu verhindern. Wenn diese Pflicht vom Staate anerkannt wird, dann nimmt dieser auch dem Arbeiter das bedrückende Gefühl, einer bloßen Armenpflege und Fürsorge verfallen zu sein. Am schönsten hat Bismarck einmal diese Probleme Moritz Busch gegenüber zum Ausdruck gebracht, als er ihm sagte:

„Der Staat muß die Sache in die Hand nehmen. Nicht als Almosen, sondern als R e ch t auf Versorgung, wo der gute Wille zur Arbeit nicht mehr kann. Wozu soll nur der, welcher im Kriege erwerbsunfähig geworden ist oder als Beamter, durch Alter, Pension haben, und nicht auch der Soldat der Arbeit? Diese Sache wird sich durchdrücken. Die hat ihre Zukunft."*)

Gerade der Ausspruch vom Soldaten der Arbeit dürfte uns in der heutigen Zeit besonders verständlich sein. In ihm offenbart sich ein wahrhaft nationaler Sozialismus in ursprünglichster und echtester Form. Hier erhält der Arbeiter gleichsam seine Anerkennung als gleichberechtigtes Glied der Nation. Aber auch in vielen andern Beziehungen bedeutet uns Bismarck Vermächtnis und Programm zugleich, an dessen Durchführung der Nationalsozialismus heute geht. Wenn immer wieder betont wird und betont werden muß, daß der erste Paragraph eines neu zu schaffenden nationalsozialistischen Arbeitsrechtes das Recht auf Arbeit gewähren muß, so hat der Kanzler damals schon versucht, auch auf diesem Gebiete den Boden zu bereiten. Bei jeder Gelegenheit und vor allen Dingen in seinen Reden vor dem Reichstag hat er sich zu dem Recht auf Arbeit bekannt. Wenn ihm dann von zaghaften Gemütern der Einwand gemacht wurde, dies ließe

*) Poschinger: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier." Breslau 1894. Band 3, Seite 64.

sich in all seinen Konsequenzen nicht vertreten und müsse schon allein an der finanziellen Frage scheitern, so wies er darauf hin, daß bei solch einer Lebensfrage der Nation die geldliche Seite nur eine untergeordnete Rolle spielen könne. Es ginge nun einmal nicht an, jemanden, der arbeiten wolle, aber bei bestem Willen keine Gelegenheit dazu finden könne, verhungern zu lassen. So kommt er zu dem Ergebnis, daß es äußerst angebracht ist, wenn man zweckmäßige Arbeiten auf öffentliche Kosten ausführen läßt. Dadurch werde dem Arbeiter eine Unterstützung zuteil, die bestimmt reichlicher und vor allen Dingen würdiger sei als gewöhnliche Almosen. Wir sehen also, daß auch Bismarck den Gedanken einer Arbeitsbeschaffung getragen hatte, die aus dem Bestreben heraus kam, das Urrecht auf Arbeit zu verwirklichen. In einer Reichstagsrede vom 9. Mai 1884 führte er folgendes aus, und aus diesem einen Satz können wir die ganze Grundhaltung der Bismarckschen Sozialpolitik entnehmen: „... Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, solange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist — wenn Sie das tun und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssozialismus schreien, sobald jemand das Wort „Altersversorgung" ausspricht, wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Wydener Programm ihre Lockpfeife vergebens blasen werden, daß der Zulauf zu ihnen sich vermindern wird, sobald die Arbeiter sehen, daß es den Regierungen u n d den gesetzgebenden Körperschaften mit der Sorge für ihr Wohl ernst ist."*)

Hieraus entspringt auch die Erkenntnis über die Ursachen, die den Arbeiter in die Hände des Marxismus treiben mußten. Als den eigentlichen Beschwerdepunkt des Arbeiters bezeichnet er die Unsicherheit seiner Existenz. Bitter beklagt sich Bismarck, daß die Gesellschaft bisher einem Arbeiter gegenüber, der alt und arbeitsunfähig geworden ist, keine andere Verpflichtung kannte als die der gewöhnlichen Armenpflege. Seine Sozialpolitik war, wie er einmal selbst sagte, „praktisches Christentum sans phrase". Und aus dieser Ueberzeugung heraus schuf er auch sein Versicherungswerk, das in Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung untergliedert war. Die Durchführung seines Zieles wurde dem Kanzler von den damaligen politischen Parteien fürwahr nicht leicht gemacht. In der oben erwähnten Reichstagsrede bringt er dies auch zum Ausdruck, wenn er sagt:

„Die Politik macht uns tot, indem sie uns hindert, unsere Interessen wahrzunehmen; sobald es der Parteipolitik, der Fraktionspolitik nicht paßt, so können die Interessen zugrunde gehen, und es kann darüber ausgepfändet werden oder Hungers sterben, wer will — das ist der Fraktion als solcher vollständig gleichgültig; sie fragt nur: was nützt es meiner Fraktion?"

*) Bismarcks politische Reden. Band 10, Seite 109 f.

Aber nicht nur gegen die Parteien hatte er schwere Kämpfe zu bestehen, sondern auch in der Verwaltung und der Beamtenschaft mußte er Widerstände überwinden. Es bedurfte oft mehrmaliger Erinnerungen des Kanzlers, um dessen Anregungen zur Durchführung zu bringen. So hat einmal der preußische Handelsminister Itzenplitz siebzehn sozialpolitische Erinnerungsschreiben des Kanzlers unbeantwortet liegen gelassen, weil es ihm an den nötigen stichhaltigen Argumenten fehlte, seine von Bismarck abweichende Meinung zu vertreten.

So bedeutet Bismarcks sozialpolitisches Wirken einen Kampf nach vielen Richtungen hin. Sein größter und schärfster Gegner war jedoch der Marxismus und die ihn vertretende Sozialdemokratie. Hier erwuchs ihm eine Gegnerschaft, die er nie überwinden sollte. Er versuchte zunächst die proletarische Bewegung politisch unmittelbar an die Obrigkeit zu binden. Es schien auch so, als ob ihm dieser Versuch gelingen würde. Gleich nach seinem Eintritt in die Regierung im Jahre 1862 erkannte er die Bedeutung der sozialen Frage und unternahm die ersten Schritte zu ihrer Lösung. Damals glaubte er noch der Sozialdemokratie Herr werden zu können, ohne Gewaltmaßnahmen anwenden zu müssen. Er nahm an, daß die Masse der Arbeiter konservativ sei, so wie es ihm von seiner ländlichen Heimat bekannt war. Sein Ziel ging dahin, auch die Industriearbeiter an die monarchische Regierung zu binden. Er nahm Fühlung mit Lassalle und schickte noch im Jahre 1874 einen Vertrauensmann zu den Verhandlungen der Marxisten. Daß diese neu zu schaffende Volksordnung nur mit positiven Mitteln zu erreichen war, war für ihn klar. So bezeichnete er als eine der wichtigsten Aufgaben, die Schaffung eines Genossenschaftswesens zu ermöglichen. Die Aufhebung des Koalitionsverbotes im Jahre 1869 ist die erste sozialpolitische Maßnahme Otto von Bismarcks. Er begründete die Aufhebung damit, daß das Verbot dem Buchstaben nach sowohl für Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer Gültigkeit habe, in Wirklichkeit jedoch nur die Arbeiter davon betroffen würden. Weiter folgerte er, daß die Arbeiter dann, wenn man ihnen eine Waffe in die Hand gäbe, deren größte Wirksamkeit darin bestände, daß sie in der Scheide ruhe, in deren Gebrauch auch vorsichtig und einsichtig würden. In diesen Grundgedanken liegt nun aber nichts anderes als die Anerkennung der Gewerkschaften.

Wie kam es nun eigentlich, daß sich Bismarcks Stellung zu den damaligen sozialistischen Parteien von Grund auf änderte und zu dem Sozialistengesetz führte? Zunächst ist hier erst einmal festzustellen, daß sein Versuch, sich mit der Führung des Proletariats unmittelbar auseinanderzusetzen, in erster Linie der von Lassalle geführten deutschen Arbeiterbewegung galt. Nach der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien in Deutschland, die gleichbedeutend war mit dem Sieg der marxistischen Ideenwelt über diejenige von Lassalle, war somit eine ganz andere Lage geschaffen. Der erste Versuch der Gründung einer deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung war durch den marxistisch-internationalen Geist im Keime

erstickt worden. Damit war auch für Bismarck der Weg zu einer friedlichen Einigung ungangbar. Mit einer internationalen Verschwörerbande bestand für ihn keine Verhandlungsmöglichkeit, und der offene Kampf war nicht mehr zu vermeiden. In einer Reichstagsrede vom 17. September 1878 legte er die Gründe dar, die ihn dazu bewogen haben, den Vorkriegssozialismus zu bekämpfen. An dieser Stelle erklärte er:

„Es stammt dies von dem Augenblick her, wo im versammelten Reichstage ..... ich weiß nicht, war es der Abg. Bebel oder Liebknecht, aber einer von diesen beiden in pathetischem Appell die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich die Wucht der Ueberzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden; ich war inzwischen abwesend gewesen durch Krankheit und Krieg, ich habe mich dabei nicht um diese Dinge bekümmert — aber jener Aufruf der Kommune war ein Lichtstrahl, der in die Sache fiel, und von diesem Augenblicke an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Notwehr befindet."*)

Hier zeigt sich die Erkenntnis, daß es in allen Zeiten unmöglich sein wird, den Marxismus in irgend eine andere Staatsform einzubauen oder ihn innerhalb einer solchen zur positiven Mitarbeit zu bringen. Sein Ziel ist die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Für ihn gibt es keine nationalen Grenzen. Die neue Partei bekannte sich zwar im Jahre 1875 im Gothaer Programm zu gesetzlichen Kampfmitteln. Die Haltung ihrer Führer blieb aber staatsfeindlich und staatszersetzend. Und diese Erkenntnis kam Bismarck schlagartig, als sich Bebel mit rücksichtsloser Offenheit zur Pariser Kommune bekannte. Die Mordanschläge auf Kaiser Wilhelm von Hödel und Nobeling im Jahre 1878 gaben ihm die Gelegenheit zum Eingreifen. Mit geradezu beispielloser Energie und politischer Staatskunst konnte er den Reichstag für sich gewinnen und seine Pläne zur Durchführung bringen. Die Volksvertretung wurde aufgelöst und das Gesetz zur Bekämpfung sozialdemokratischer Ausschreitungen zur Wahlparole erhoben. Nach schweren parlamentarischen Kämpfen wurde dann das Gesetz von dem neuen Reichstag mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen. Dadurch wurde den Landespolizeibehörden auf zweieinhalb Jahre das Recht gegeben, gegen alles, was zur Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung geeignet sei, mit allen Mitteln einzuschreiten. Als Folge wurden in dieser Verbotszeit eine Unmenge Vereine und Vereinigungen verboten, Versammlungen aufgelöst, Zeitschriften und Zeitungen beschlagnahmt. Während er auf der einen Seite mit repressiven Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie einschritt, schuf er auf der anderen Seite sein großes Versicherungswerk. Daraus geht einwandfrei hervor, daß seine Stellungnahme zur Arbeiterschaft keineswegs anders geworden war. Er

*) Bismarcks politische Reden. Seite 263 ff.

hatte immer noch sein Ausgangsziel vor Augen, sämtliche willigen und fähigen Kräfte in das neu geschaffene Deutsche Reich einzubauen. Nachdem ihm die Sozialdemokratie ihre Gefolgschaft verweigert hatte, mußte er darangehen, diesen Gegner mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu vernichten. Daß dieses Gesetz ein Fehlgriff gewesen ist, daran besteht wohl heute kein Zweifel mehr. Die jüdisch-marxistische Irrlehre wurde mit den natürlichen antikapitalistischen Triebkräften in der deutschen Arbeiterschaft gleichgesetzt und im gleichen Maße wie diese bekämpft. Es entstand ein neues Märtyrertum, eine auf Tod und Leben zusammengeschweißte Gemeinschaft. Die von der Regierung verfolgten Führer erhielten in den Augen der Massen eine heroische Gestalt. Sie wurden ihnen zu Vorbildern, denen sie jederzeit ergeben waren. Dabei waren es nicht die schlechtesten Kräfte der deutschen Arbeiterschaft, die sich in opferbereiter Kameradschaft und trotzigem Zorn gegen den Kanzler für eine artfremde Idee einsetzten. Und warum, so fragen wir uns, standen die Proletarier Bismarcks gutgemeinten Versuchen ablehnend gegenüber? Warum bezeichneten sie das Versicherungswerk als eine Bettelsuppe der Bestechung? Waren es wirklich nur die Folgen des Sozialistengesetzes und dessen oftmals recht ungeschickte Anwendung durch die Polizeibehörden? Schon in der Art der Fragestellung liegt die Verneinung. Die richtige Antwort dürfte aber nicht zu schwer sein, wenn wir einen Blick auf die Neuzeit und allerletzte Vergangenheit werfen, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie es dem Führer gelang, die durch die Nachkriegswirren so zerrissene Nation unter einen einheitlichen Willen zu bringen. Auch er packte den Bolschewismus und Marxismus mit eiserner Faust an, und trotzdem versagte ihm der deutsche Arbeiter seine Gefolgschaft nicht. Der Grund dafür liegt wohl darin, daß er an Stelle einer überlebten Weltanschauung einen neuen Geist predigte, und das war der Nationalsozialismus, der dem deutschen Volke wieder eine einheitliche und in sich geschlossene Ausrichtung gab. Bismarck aber mußte scheitern, weil er in dieser Beziehung zu realistisch dachte. Er versuchte eine Geistesrichtung nur mit Waffen und Gesetzesmaßnahmen zu bekämpfen. Er konnte an Stelle der kapitalistisch-liberalistischen Weltanschauung nichts Neues und Gleichwertiges setzen. Der Arbeiter hatte nichts, wofür er sich begeistern konnte; es seien denn die zu Märtyrern gemachten sozialistischen Führer. Für den Kaisergedanken konnte er die Arbeiterschaft nicht gewinnen; ein Beweis dafür, daß dieses Gedankengut schon damals im Absterben begriffen war. Es fehlte eben die zündende Idee. Der Arbeiter sah, daß man ihn trotz aller sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung nicht als gleichberechtigten und gleichwertigen Staatsbürger betrachtete. Bismarck versuchte den marxistischen Geist zu zerschlagen, setzte aber an dessen Stelle nichts Besseres. So kam es, daß die Arbeiter sein sozialpolitisches Wirken mit Mißtrauen betrachteten.

Trotzdem ließ sich der Kanzler nicht beirren, und am 17. November 1881 kam die berühmte Kaiserliche Botschaft heraus, in der ein sozialpolitisches Programm angekündigt wurde, das versuchen sollte, den engeren

Anschluß an die realen Kräfte des Volkslebens zu erreichen. In diesem Appell an den Reichstag hieß es:

„... Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstag diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen."*)

Die Bedeutung der Botschaft liegt vor allen Dingen darin, daß hervorgehoben wurde, daß repressive Mittel allein nicht genügen können, um der Sozialdemokratie wirksam entgegenzutreten. So kündigte die Regierung die Arbeiterversicherung an, die in den Jahren 1883—89 zur Durchführung kam, und zwar kam — wie schon erwähnt — 1883 das Krankenversicherungsgesetz, 1884 das Unfallversicherungsgesetz für die Industrie und 1889 das Gesetz für die Invaliditäts- und Altersversicherung heraus. In der Zwischenzeit wurden dann noch verschiedene Ergänzungsgesetze erlassen, die die Unfall- und Krankenversicherung auch noch auf verschiedene andere Wirtschaftszweige in Anwendung brachten. So wurde im Laufe der Zeit die Seeschiffahrt, das Baugewerbe und die Land- und Forstwirtschaft erfaßt.

Wenn nun auch den Arbeitern durch diese Maßnahmen kein Paradies auf Erden geschaffen wurde, so war doch damit das Grundübel beseitigt, nämlich ihre Existenzunsicherheit. Nur auf einem Gebiete war Bismarck nicht gewillt, den Forderungen der Arbeiter Raum zu geben, obgleich gerade hierzu der Reichstag gewillt zu sein schien, und dies war die Frage des Arbeiterschutzes. Hier hatte er einen eigenen Standpunkt, von dem er während seiner Kanzlerschaft auch nie abgewichen ist. Fabrikaufsicht, gesetzliche Sonntagsruhe, Frauen- und Kinderschutz blieben für ihn Dinge, für die er kein Verständnis hatte. Er vertrat den Standpunkt des Herr-im-Hause-Seins und der wohlwollenden Fürsorge des Unternehmers für seine Untergebenen, und diesen Grundsatz glaubte er auch für die Allgemeinheit in Anwendung bringen zu können. Außerdem erschien ihm die damit verbundene Belastung für die Exportindustrie untragbar zu sein. Typisch für ihn ist eine kleine Episode, die sich ereignete, als er in Varzin war. Dort beklagte sich der Pächter seiner Papierfabrik, daß ein Fabrikinspektor die Einfriedung einer Kreissäge verlangt habe, worauf Bismarck ihm antwortete: „Schmeißen Sie den Kerl hinaus!"

*) Poschinger: „Fürst Bismarck als Volkswirt." Berlin 1899. Band 2, Seite 81.

In Bezug auf den Kaiserlichen Erlaß vom 4. Februar 1890, der die Frage des Arbeiterschutzes zum Gegenstand hatte, sagt er im dritten Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen“:

„Ich hatte denselben widersprochen, einmal weil ich nicht für nützlich hielt, daß dem Arbeiter gesetzlich verboten werde, zu bestimmten Zeiten und Gelegenheiten über seine und seiner Familienglieder Arbeitskräfte zu verfügen, dann aber auch, weil ich neue, die Zukunft der Arbeiter und Arbeitgeber treffende Belastung der Industrie scheute, solange ihre praktischen Konsequenzen nicht mehr als bisher klargestellt wären. Außerdem schien mir nach den Vorgängen des Bergwerksstreiks von 1889, daß zunächst nicht der Weg der Konzessionen, sondern der Verteidigung gegen sozialdemokratische Ueberwucherungen zu betreten sei.“*)

Weiterhin glaubte auch Bismarck, daß es gar nicht im Sinne der Arbeiter sei, die Sonntagsarbeit gesetzlich zu verbieten. In einer Reichstagsrede im Jahre 1885 versicherte er, daß er sich sofort für ein solches Gesetz einsetzen würde, wenn man ihn davon überzeugen könne, daß die Arbeiter wirklich wollten und ihm dafür dankbar wären.

Betrachten wir nun Bismarcks sozialpolitisches Wirken in einer kurzen Zusammenfassung, so erkennen wir die Tragik eines großen Mannes. Mit eiserner Energie ging er daran, den Arbeiter zu sichern und ihn mit Staat und Gesellschaft auszusöhnen. Er baute das gewaltigste Versicherungswerk auf, das die damalige Zeit überhaupt kannte, das auch heute noch die Grundlage unserer Sozialversicherung bildet, und es gelang ihm dadurch auch, die Existenzunsicherheit des Arbeiters herabzudrücken. Wir dürfen aber nie vergessen, daß diese Gesetzgebung für Bismarck nur ein Mittel war, um — wie schon gesagt — den deutschen Arbeiter mit Staat und Gesellschaft auszusöhnen; denn dies war das große Endziel, welches der Kanzler verfolgte. Die innere Geschlossenheit und Einheit des neu geschaffenen Reiches wollte er sichern, und dies ist ihm nicht gelungen. Am Ende seiner politischen Laufbahn sah er nicht nur den Undank der Arbeiter, für die er doch nur stets das Beste erstrebt hatte, sondern auch die Krone versagte ihm den Dank.

3. Die Katholisch-Sozialen.

Auch die Kirche ging an den sozialen Konflikten jener Zeit nicht achtlos vorüber. Zuerst waren es die Anhänger der katholischen Glaubenslehre, die sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen begannen. Sie sahen, wie die Arbeiter in ihrer Not und in ihrem Elend immer mehr der Verzweiflung verfielen und so eine leichte Beute des Marxismus wurden. Dies war selbstverständlich auch für die Kirche ein Gefahrenpunkt, dem man sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenstellen mußte. Man spürte auch, daß die eigentliche Ursache für die Entstehung der marxistischen

*) Bismarck: „Gedanken und Erinnerungen.“ Stuttgart und Berlin 1928. Seite 611.

Gefahr der Liberalismus war, der als primärer Faktor erst die Bedingungen und Grundlagen für den Marxismus geschaffen hatte, und so richtete sich das sozialpolitische Wirken der katholischen Kirche in erster Linie gegen die liberalistisch-kapitalistischen Tendenzen. Wir haben davon gehört, daß bereits Baader eine organisierte Liebestätigkeit der Kirche gefordert hat und dabei den Priestern ein Sachwalteramt übertragen wollte, das unbedingt zu einem Konflikt mit dem Staate führen mußte. Seit dieser Zeit ist der Gedanke einer sozialen Reform von der katholischen Kirche immer wieder aufgegriffen worden. Es seien hier nur Namen erwähnt wie Ritter Franz Joseph von Buß und Edmund Jörg. Der hervorragendste Vertreter der katholisch-sozialen Bewegung war jedoch der damalige Bischof von Mainz, Wilhelm Emanuel von Ketteler (1811—77).

Es handelt sich jetzt um den Vorstoß des kirchlichen Katholizismus auf dem Gebiete der sozialen Frage, der sich in seinen schärfsten Wendungen gegen den manchersterlichen Liberalismus richtet. Die „große liberale Partei, die vorzugsweise aus dem Freimaurertum, aus den Repräsentanten des großen Kapitals, aus dem rationalistischen Professorentum und dem gewöhnlichen Literatentum, das an dem Tische dieser hohen Herren ißt und das für sie täglich reden und schreiben muß, zusammengesetzt ist",*) ist für Ketteler der Hauptgegner. Mit unnachsichtiger Schärfe wendet er sich gegen diesen Geist, und eine solche Einstellung führte ihn auch zu einer Ablehnung der sozialliberalen Ideen von Schulze-Delitzsch und brachte ihn enger an Lassalle. So hat er genau wie Bismarck von Lassalle den Gedanken der Produktivgenossenschaft übernommen und so übernahm er weiter von ihm die Kritik am Kapitalismus, ohne jedoch dabei seine zum Sozialismus kritische Stellung zu vergessen. In dem oben erwähnten Werke sagte er einmal: „Lassalle hat Recht gegen Schulze-Delitzsch und Schulze-Delitzsch hat Recht gegen Lassalle. Beide haben Recht in der Kritik des Anderen, beide dagegen doch vielfach Unrecht in den Vorschlägen, die sie selbst machen, um dem Arbeiterstande zu helfen."**)

Daraus ergibt sich als eigene Anschauung Kettelers gewissermaßen eine Synthese dieser beiden Kritiken, die das Dogma der katholischen Kirche als Grundlage und die christliche Lebensgestaltung als Ziel hat. Der Eigentumsbegriff des Thomas von Aquino wird wieder lebendig. Nur die positiven Glaubenslehren, Dogmen und realen Kräfte des Christentums seien geeignet, dem bisherigen Gang der Entwicklung Einhalt zu gebieten. Nur Jesus Christus könne dem Arbeiterstande eine wirkliche Besserung bringen. Es ist dann auch nicht weiter verwunderlich, wenn Ketteler als katholischer Bischof zu dem Schluß kommt, daß „nur die katholische Kirche die von Gott gesetzte Anstalt ist, die diesen wahren, vollen Christenglauben mit der Anbetung der Gottheit Jesu Christi und allen unermeßlichen Segnungen,

*) W. E. von Ketteler: „Die Arbeiterfrage und das Christentum." Mainz 1864. Seite 23.

**) a. a. O. Seite 62.

die aus diesem Glauben über das ganze Menschengeschlecht sich ergießen, zu tragen und zu erhalten im Stande ist.“*)

Und bedauernd fügt er hinzu, daß eine wirkliche Lösung der sozialen Frage erst dann möglich werde, wenn wieder die gesamte Christenheit in der alleinigen katholischen Kirche vereint sei. Schon hieraus wird erkenntlich, daß „die wahren und praktischen Mittel, dem Arbeiterstande zu helfen“, nach seiner Ansicht mehr auf geistigem Gebiete zu suchen sind. So legt er den größten Wert auf einen Gesinnungswechsel. Der materialistische Rationalismus müsse dem Geist der christlichen Nächstenliebe weichen. Genau wie das Christentum die Sklaverei lediglich dadurch abgeschafft habe, „daß es den Menschen seine göttlichen Ideen und den Geist der Liebe mitteilte.“**) genau so müsse es jetzt in bezug auf die soziale Frage die Geister erleuchten und sie von den höchsten und ewigen Wahrheiten überzeugen. Nur ein „aus höheren religiösen Motiven“ entsprungener Geist der „Selbstbeherrschung und Selbstbeschränkung“***) könne zur allgemeinen Wohlfahrt führen. Sodann führt er fünf Punkte an, die ihm besonders wichtig erscheinen und zeigen sollen, daß eine wirksame Lösung der sozialen Frage nur vom Christentum herkommen könne. Diese Hilfsmittel sind:

1. Die Gründung und Leitung von Anstalten für arbeitsunfähige Arbeiter.
2. Die christliche Familie mit ihrer Grundlage, der christlichen Ehe.
3. Die Wahrheiten und Lehren, durch die das Christentum dem Arbeiterstande zugleich die wahre Bildung gebe.
4. Die sozialen Kräfte des Christentums.
5. Die Förderung der Produktiv-Assoziationen durch besondere Mittel, die nur dem Christentum zu Gebote stehen.

Zu 1: Gemeint ist hier in erster Linie die karitative Fürsorge, entsprungen aus dem Geist der christlichen Nächstenliebe. Diese Art der Sozialpolitik ist ja von jeher eine Domäne der katholischen Kirche gewesen, und wir sehen, daß dies auch das einzige Gebiet ist, auf dem von seiten der Kirche einigermaßen wirksame Sozialpolitik getrieben wurde, deren Wirksamkeit jedoch von ihr meist überschätzt wurde.

Zu 2: Gewiß, es ist unverkennbar, daß ein geordnetes Familienleben viel dazu beitragen kann, soziale Nöte zu überwinden. Es wäre jedoch verkehrt, dies als ein spezielles Verdienst des Christentums zu verzeichnen. Auch unsere Vorfahren haben ein streng geordnetes Familienleben gehabt, ehe das Christentum zu ihnen kam.

Zu 3: Aehnlich verhält es sich mit dem dritten von Ketteler angeführten Punkt. Der Bischof geht von der Kritik der liberalen Bildungsvereine

*) a. a. O. Seite 159.
**) a. a. O. Seite 104.
***) a. a. O. Seite 105.

aus, mit deren Hilfe der Kapitalismus die Arbeiter zu ködern versuche. Er erklärt, daß es ein Verbrechen sei, alles Denken und Trachten der Arbeiterschaft nur auf irdische Dinge auszurichten, und daß nur das Christentum geeignet sei, dem Arbeiter sein kärgliches Dasein überhaupt zu ermöglichen, daß es in der Lage sei, „seinen elenden Tagelohn gleichsam zu vermehren und zu versüßen".*) Betrachtet man das Christentum von dieser Seite, dann müßte man Marx recht geben, wenn er sagt, die Religion sei Opium für das Volk.

Zu 4: Wenn Ketteler von den sozialen Kräften des Christentums spricht, so meint er — biblisch gesprochen — das Wuchern mit dem Pfunde. „So hat das Christentum seit achtzehnhundert Jahren alle Menschen und Arbeiter ermahnt und aufgefordert, alle ihnen anvertrauten Kräfte an Leib und Seele zu gebrauchen und anzuwenden."**) Dies klingt nun so, als ob allein das Christentum der treibende Faktor in dieser Zeit gewesen sei. Ohne die großen Verdienste, die das Christentum gehabt hat, leugnen zu wollen, muß doch festgestellt werden, daß auch andere Faktoren dabei wirksam waren. Es ist eine alte Taktik der katholischen Kirche, alles Gute ihrer Tätigkeit zuzuschreiben, wenn es sich aber darum handelt, Mißstände anzuerkennen, die sie trotz nahezu zweitausendjährigen Wirkens nicht beseitigen konnte, dann rückt sie weit davon ab und sucht die Verantwortlichen auf anderen Seiten. Wir sehen das an dem Beispiel der Genossenschaften. Die Anregung zur Gründung dieser Vereinigungen ging zum größten Teil von Männern aus, die dem katholischen Christentum nicht sehr nahe standen. Genau so, wie das von einem heidnischen Bäcker hergestellte Brot doch Gottes Brot sei, beruhe auch das Vereinswesen auf der göttlichen Ordnung und sei im wesentlichen christlich, ja darüber hinaus habe nur das Christentum die erforderlichen höheren Kräfte, die notwendig seien, um das Vereinswesen zu seiner höchsten Vollendung zu bringen.

Zu 5: Auch die Produktivgenossenschaften kann sich Ketteler nur auf der Grundlage des Christentums denken. Hier soll der Arbeiter zugleich Unternehmer sein und der Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital überwunden werden. Lassalle versucht diese durch staatliche Subventionen zu überwinden. Ketteler glaubt jedoch hierin einen unberechtigten Eingriff in das Eigentumsrecht zu sehen; denn das dazu notwendige Geld müßte ja doch in der Form von Steuern den wohlhabenden Klassen entzogen werden. Vielmehr sei die christliche Karitas geeignet, die Mittel auf freiwillige Art und Weise zusammenzubringen. Er verweist dabei auf die Stiftungen, die der Adel in früheren Zeiten den Klöstern gemacht hat und meint, daß es auch jetzt möglich sei, wirtschaftliche Korporationen ins Leben zu rufen, die dann Produktionsgenossenschaften der Arbeiter auf christlicher Grundlage gründen sollen. In diesem Punkt hat er allerdings später seine Ansicht geändert. Nachdem praktische Versuche in dieser Richtung gescheitert waren

*) a. a. O. Seite 129.
**) a. a. O. Seite 130.

und ihm die Schwierigkeiten hinsichtlich der Gründung und Verwaltung solcher Genossenschaften klar geworden waren, kam er zu dem Gedanken einer gewerkschaftlichen Organisation.

Das Grundergebnis seiner Schrift liegt, wie er selbst sagt, darin, „daß nur das Christentum die Mittel bietet, um die Verhältnisse des Arbeiterstandes mit Erfolg zu bessern, und daß ohne diese Hilfe die Zustände des Arbeiterstandes trotz aller vielfachen Bemühungen unaufhaltsam abwärts gehen und sich wieder den Zuständen annähern, in denen der Arbeiterstand sich im Heidentum befand."*)

Wir sehen also immer wieder die Tendenz, das Christentum, worunter Ketteler selbstverständlich immer nur die katholische Kirche versteht, gewissermaßen als das Allheilmittel in der sozialen Frage zu empfehlen. Dabei sollte die Kirche die gleiche Stellung zum Staate haben, wie sie etwa heute die NSDAP. hat, d. h., sie wollte die weltanschaulichen Richtlinien festlegen, die dann der Staat mit seinen weltlichen Machtmitteln zur Durchführung bringen sollte. Das Primäre wäre also die Kirche und nicht der Staat, welcher dann, wie es ja auch durchaus im Sinne des Katholizismus liegt, den dogmatisch begründeten Gesetzen der Kirche Geltung zu verschaffen hat. Die Folge aus dieser Forderung wird sein, daß die Kirche den Staat stets argwöhnisch beobachtet, ob dieser seiner Aufgabe gerecht wird und dabei auch seine Befugnisse nicht überschreitet. Auch Kettelers Sozialpolitik muß also, genau wie bei Baader, zu einem Spannungsverhältnis zwischen Staat und Kirche führen.

Ob nun Ketteler mit der Behauptung recht hat, nur das Christentum allein könne den Arbeiter retten, ist eine Frage des Glaubens. Hier hört die Wissenschaft auf. Zumindest muß aber doch festgestellt werden, daß es für die christliche Kirche leichter gewesen wäre, dafür zu sorgen, daß solche Mißstände erst gar nicht einreißen konnten. Wenn hierzu die nötige Kraft fehlte, muß man auch zweifeln, daß sie dann zur Heilung der einmal entstandenen Schäden genügt. Sollte es nunmehr gelingen, die christliche Gestaltung des Lebens zu erreichen, nachdem man sich seit über 1000 Jahren immer weiter von diesem Ziele entfernt hatte? Wir können daher wohl sagen, daß die Religion einen wichtigen mitbestimmenden sozialen Faktor, niemals aber allein ausschlaggebenden Faktor bilden wird.

Ketteler war ein Mann der Praxis. Seine Schriften sind immer aus einem äußerlichen Anlaß entstanden. Er hat nie geschrieben, um lediglich Theorien aufzustellen oder zu entwickeln. Man hat ihn den streitbaren Bischof genannt, und wenn er die Feder ergriff, dann zog er immer gegen einen Feind zu Felde. So tragen auch die meisten seiner literarischen Niederschläge den Charakter von Kampfschriften. Seine eigene Auffassung können wir dann oft nur zwischen den Zeilen suchen, die sich fast stets gegen den Liberalismus und Marxismus richteten. Wir müssen verstehen, daß die soziale Frage jener Zeit vor allen Dingen einmal darin bestand, ein wei-

*) a. a. O. Seite 149.

teres Herabsinken des kleinen Geschäftsmannes und Handwerkers in Abhängigkeitsverhältnisse zu vermeiden, und das andere Mal darin, das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer auf eine gesunde Basis zu stellen, d. h. den bereits entstandenen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu beseitigen. Die Blütezeit des mittelalterlichen Städtewesens schwebte ihm dabei als Ideal vor. Wenn schon gesagt wurde, daß Ketteler sich zu dem Gewerkschaftsgedanken bekannte, so bedeutet dies für ihn in erster Linie die beginnende Wendung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zur ständischen Idee. Die von ihm gewünschten Vereinigungen, aufgebaut auf dem Gedanken der Selbstverwaltung, sollten die Standesehre und Standespflicht hervorheben und pflegen. Er dachte sie sich organisch und aus dem Charakter des Volkes herausgewachsen, ähnlich den mittelalterlichen Zünften.

Ehe wir das Kapitel über Ketteler schließen können, müssen wir noch kurz seine Stellungnahme zu den „Christlichen Arbeitervereinen" behandeln. Schon als Student hatte er in enger Fühlung mit Kolping gestanden. Er hatte diesem damals den Rat gegeben, seine religiös-kirchlichen Gesellenvereine auf katholisch-ständischer Grundlage aufzubauen. Die von ihm gedachten Vereine sollten unter kirchlicher Leitung neben der Pflege der religiösen Gesinnung vor allem auch wirtschaftlich-soziale Bestrebungen verfolgen. Dagegen wollte er die politischen Bestrebungen der Parteien von den zu gründenden Korporationen fernhalten. Im Jahre 1869 entwickelte die katholische Kirche eine besondere Aktivität in bezug auf die soziale Frage. Einmal hielt Ketteler auf der Liebfrauenheide bei Offenbach eine zündende Ansprache vor 10 000 Arbeitern über „Das Verhältnis der gegenwärtigen Forderungen und Bestrebungen der Arbeiter zu Religion und Christentum", das andere Mal entwickelte er auf der Fuldaer Bischofsversammlung ein ausführliches Programm katholischer Sozialpolitik, und schließlich beschloß der Düsseldorfer Katholikentag im gleichen Jahre, nähere Beziehungen zu den christlich-sozialen Vereinen aufzunehmen.

Bekannt geworden ist von diesen besonders der im Jahre 1870 in Aachen gegründete „Paulusverein", der einen gewerkschaftlichen Charakter trug. Es wurden in ihm Fragen des Arbeiterschutzes, der Arbeitszeit, des Konsumvereins- und Unterstützungswesens besprochen. Und wenn — besonders im deutschen Westen — in den Jahren 1865—75 überall derartige Vereine entstanden, so ist dies in erster Linie auf das Wirken Kettelers zurückzuführen.

Seine Schüler und Mitarbeiter können im Rahmen dieser Arbeit nur kurz erwähnt werden, umso mehr, als sie seinen Lehren im wesentlichen nicht viel Neues hinzufügen konnten. Trotzdem haben sie insofern gewisse Bedeutung erlangt, als sie seine Gedanken weiterbildeten und zum Teil in die Tat umsetzten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es fast ausschließlich hohe geistliche Würdenträger waren, die durch ihre Reden und Predigten ein großes Wirkungsfeld fanden. Besonderen Einfluß erzielten sie in den dicht besiedelten Industriegebieten des Westens.

An erster Stelle wäre der Mainzer Domkapitular Franz Cristoph Moufang*) zu nennen. Sein Kampf galt hauptsächlich dem Großkapital. Allerdings wollte er keine Beseitigung des bestehenden Wirtschaftssystems, sondern nur eine Beschränkung der Herrschaft des Kapitals. In einer Wahlrede für den ersten deutschen Reichstag stellte er seine Forderungen auf. Neben dem schon erwähnten Punkt verlangte er einen ausreichenden gesetzlichen Arbeiterschutz, geldliche Unterstützung von in Not geratenen Arbeiterassoziationen und Minderung der Steuer- und Militärlasten. Wichtig und abweichend von Ketteler ist hier vor allen Dingen der Ruf nach Staatshilfe.

Aehnliche Gedanken äußert Freiherr von Hertling.**) Auch er bekennt sich zu der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und fordert eine Reform der bestehenden Mißstände, wobei staatliche Sozialpolitik und Gewerkvereine eine erhebliche Rolle spielen sollen. Ein bestimmtes Gesellschafts- oder Wirtschaftssystem, so erklärt er, könne es überhaupt nicht geben. Wenn Ketteler noch etwas Anlehnung an die zünftlerische Wirtschaftsordnung sucht, so rückt er davon entschieden ab. In einem Punkte stimmt er aber mit Ketteler vollkommen überein, und das ist das Typische für fast alle katholischen Sozialpolitiker. Er stellt nämlich die Forderung an den Staat, daß er die göttlichen Rechte, also die der Kirche, zu schützen und zu erhalten habe. Diese Meinung fand in katholischen Kreisen immer mehr Geltung und wurde auch von der Zentrumspartei nachdrücklichst unterstützt. Hier liegen nun wieder, und dies kann nicht oft genug betont werden, die Konfliktsmomente. Wohl sehen auch wir in dem Staat ein Organ zur Erfüllung der höchsten Zwecke der Nation. Das Zentrum versuchte jedoch diese Zwecke im rein katholischen Sinne zu bestimmen und verfolgte dabei oftmals recht ultramontane Ziele. Der Staat hat aber der Gesamtheit der Nation zu dienen und nicht einer konfessionellen Minderheit.

Freiherr Karl von Vogelsang***) betonte dagegen wieder mehr die Notwendigkeit, zur christlichen Sozialordnung des Mittelalters zurückzukehren. Wir finden bei ihm gewisse Anlehnung an Steins Idee vom sozialen Königgtum.

Zum Schluß verdient noch der Professor der katholischen Theologie Franz Hitze Erwähnung. Er ist für uns besonders wichtig wegen seiner Stellung zur Judenfrage. Er sah bereits in dem Juden den Beherrscher des gesamten deutschen Wirtschaftslebens, der sich in der Presse, in den Parlamenten und vor allen Dingen in den Kreisen der Hochfinanz einen unheilvollen Einfluß gesichert hatte; für ihn waren es aber weniger rassische als wirtschaftliche Gesichtspunkte, die ihn zum Antisemiten machten. So betont er, daß es nicht seine Absicht sei, die Emanzipation der Juden rückgängig

*) Moufang: „Die Mittel zur Besserung der sozialen Lage der Arbeiter." Mainz 1871.

**) Hertling Frhr.: „Aufsätze u. Reden sozialpolitischen Inhalts." Freiburg 1871.

***) K. Vogelsang: „Besondere Aufsätze über sozialpolitische Themata." Augsburg 1885.

zu machen, sondern er wolle lediglich die Emanzipation des Volkes von der Herrschaft der Juden. Auf diese Einstellung Hitzes hat sich später zum Teil auch der „Deutschnationale Handlungsgehilfenverband" berufen. Franz Hitze ging aus von der Kritik am Kapitalismus und forderte zu dessen Ueberwindung ein katholisches-ständisches System. In seiner Schrift „Kapital und Arbeit"*) betonte er, daß es ihm um die verjüngte Wiederherstellung der mittelalterlichen Ständewelt ginge. Eine besondere Gefahr sieht er in der Konzentration des Kapitals. In der von ihm vorgeschlagenen Reorganisation sollten die Berufsstände durch Kammern vertreten sein; die einzelnen Kammern wollte er dann in einem Volkswirtschaftsrat zusammenfassen, der eine lebendige Verbindung zwischen dem Staat und dem schaffenden Volke sein sollte. Mit Hilfe dieser berufsständischen Organisation wollte er dann den individualistisch-kapitalistischen Geist überwinden. Diese noch etwas an die Romantiker erinnernde Anschauung stellte er aber später etwas zurück und widmete sich nun mehr der Praxis. Im Jahre 1881 wurde er zum Generalsekretär des Verbandes „Arbeiterwohl" in München-Gladbach ernannt. Er kam in Fühlung mit dem Fabrikbesitzer Franz Brandts und anderen führenden Männern des Vereins „Arbeiterwohl". Jetzt wurde ihm auch klar, daß die Notlage der Arbeiter nicht durch eigenes Verschulden, sondern meist durch die Sünden des Kapitals entstanden war. Wenn er früher glaubte, daß der Existenzkampf der Einzelindividuen nur dadurch vermieden werden könne, daß der Staat den Körperschaften freien Raum für ihre Tätigkeit gebe, so war er jetzt davon überzeugt, daß nur eine großzügige Sozialreform des States die sozialen Mißstände beseitigen könne. Wir sehen hier also eine interessante Wendung, wie wir sie häufiger bei katholischen Sozialpolitikern antreffen. Hitze geht aus von einer vollständigen Zerschlagung des Kapitalismus, den er mit Hilfe eines ständischen Systems überwinden will und bekennt sich dann schließlich zum Schluß zu einer Reform *im Rahmen des Bestehenden*, die nur die Auswüchse des Kapitalismus beseitigen wollte. Diese Auffassung, daß es möglich wäre, gewissermaßen einen sittlich-sozial gebundenen Geist des Kapitalismus zu schaffen, blieb seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts lange Zeit die vorherrschende Meinung in den Kreisen katholischer Sozialpolitiker, vor allem aber in denen des Zentrums. Dies erklärt sich wohl am besten aus der Zwischenstellung, die die Partei immer eingenommen hatte und auch einnehmen mußte. Einen reinen Kapitalismus durfte sie nicht anerkennen, da er die Arbeiter in die Hände des religionsfeindlichen Marxismus getrieben hätte. Der Staatssozialismus dagegen konnte zu leicht zu einer Omnipotenz des Staates gegenüber der Kirche führen. Also konnte es auch diesen nicht anerkennen. Aus ähnlichen Gründen wandte sich dann das Zentrum später gegen die NSDAP. So blieb denn das Wunschbild eines sozial-ethischen Kapitalismus schließlich der letzte Ausweg.

---

*) Franz Hitze: „Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft." Paderborn 1880.

Inzwischen hatte man sich auch im Vatikan zur Tätigkeit entschlossen. Hier war es Papst Leo XIII., der sich eingehend mit der sozialen Frage beschäftigte. Bereits im Jahr 1878 hatte er sich in der Enzyklika „Quod apostolici muneris" gegen den Sozialismus gewandt. Zur Lösung der sozialen Frage sei in erster Linie die Kirche berufen, dann erst komme der Staat und zum Schluß erst die Arbeiterschaft selbst. Die eigentliche kirchliche Anschauung wurde im Jahre 1891 durch die Arbeiter-Enzyklika „Rerum Novarum" begründet. Durch diese Rundschreiben des Papstes wurde die Arbeiterfrage gleichsam in den Bereich der kirchlichen Dogmatik einbezogen und erhielt somit eine fest fundierte Grundlage. Darüber hinaus erhielt nun die katholische Sozialpolitik eine international einheitliche Ausrichtung. Das Erscheinen dieser Enzyklika wirkte damals geradezu sensationell, und die europäische Presse widmete ihr größte Aufmerksamkeit.

Das Grundprinzip des päpstlichen Rundschreibens liegt in der Sanktion der bestehenden Verhältnisse bei einer scharfen Zurückweisung der Lehre von dem naturnotwendigen Klassenkampf. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müßten genau so zusammenarbeiten wie die verschiedenen Glieder des menschlichen Körpers. Um nun diese Harmonie zwischen den beiden Polen herbeizuführen, empfiehlt Leo XIII. ein System von Mitteln, dessen Mittelpunkt die Erneuerung des christlichen Geistes der Gerechtigkeit und der Liebe ist. Nur auf dieser Basis könnten „die Arbeiter vollständig und treu die Arbeitsleistung verrichten" und die „Arbeitgeber die persönliche Würde der Arbeiter" achten. Es sei notwendig, daß sie sich wieder als Mitarbeiter an einem Werk und als Mensch zu Mensch zusammenfänden.

Es muß auffallen, daß dieses Rundschreiben, obwohl es sich scharf gegen den Sozialismus wendet, weder die Bezeichnung „Kapital" noch „Kapitalismus" enthält. Es muß anerkannt werden, daß manche Auswüchse des Kapitalismus energisch abgelehnt werden, aber der Kapitalismus an sich wird doch nicht direkt bekämpft. Und hieraus ergibt sich die Stellung der Kirche zum Kapitalismus, wie wir sie bereits bei Hitze erwähnt haben.

Hier wird uns wieder einmal der Beweis dafür geliefert, daß eine Lösung der sozialen Frage nur durch eine restlose Ueberwindung des kapitalistischen Geistes möglich ist. Trotz aller schönen Worte der päpstlichen Enzyklika, trotz des gewaltigen Einflusses, den die katholische Kirche seit jeher auf ihre Anhänger ausgeübt hat, gelang es nicht, die Notlage der Arbeiter zu beseitigen.

Größere Bedeutung erlangte jedoch das Rundschreiben durch seinen Aufruf zur Gründung von Arbeitervereinen, die in enger Fühlung mit der Kirche standen. Auf diesem Gebiete versagte die katholische Arbeiterschaft dem Papste die Gefolgschaft nicht. Die Arbeitervereine wurden dann zum Grundstein der im Jahre 1899 gegründeten interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften.

Bisher haben wir immer nur davon gehört, daß einzelne Vertreter des Katholizismus zu Teilgebieten des Wirtschaftslebens, insbesonders zur sozialen Frage, Stellung nahmen. Niemals begegnet uns aber ein ge-

schlossenes Wirtschaftssystem. Dies wurde erst von dem Jesuitenpater Heinrich Pesch (1854—1926), einem Schüler Adolf Wagners geschaffen. In seinem Lehrbuch der Nationalökonomie begründete er eine eigene katholische volkswirtschaftliche Lehre. Uns interessiert in diesem Zusammenhange jedoch nur seine Haltung gegenüber dem Kapitalismus und Sozialismus; denn hierin liegen ja auch die Grundprobleme der sozialen Frage.

Auch Pesch will natürlich in erster Linie eine Regelung des gesamten Wirtschaftslebens nach den Grundgesetzen der Religion und der göttlichen Ordnung, wobei ihm die Lehre des Thomas von Aquino vom justum pretium als Vorbild galt. Sein zwischen Kapitalismus und Sozialismus liegendes System ist der sogenannte Solidarismus, der dem Individualismus und Sozialismus ein Neues gegenüberstellt. Von dem Marxismus hebt er sich am besten dadurch ab, daß er betont, nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern die der Menschen sei sein Ziel. In der Ablehnung des Kapitalismus geht er weiter als Leo XIII. und legt offen die Schäden eines solchen Systems dar. Die Herrschaft des Kapitals über Menschen und Güter hätte dazu geführt, daß dem arbeitenden Volke der Ertrag seiner Arbeit genommen wurde. Der von ihm verkündete Solidarismus sollte den Menschen das Miteinander im Leben wieder nahe bringen, sollte ihnen zeigen, daß all ihr Wirken, Schaffen und auch ihr Heilstreben ein gemeinsames Ziel habe. Diese Einsicht könne aber nur durch eine Bindung der Wirtschaft an ein berufsständisches System kommen. Die Gemeinschaft der an einem Werke Tätigen werde sich dann erst richtig auswirken.

Der Angriffspunkt gegen den Solidarismus liegt in seiner einseitig katholischen Ausrichtung. Ueberall steht am letzten Ende die Kirche und versucht mit ihrer ewigen Norm die Wirklichkeit zu prägen. Stets nimmt sie für sich in Anspruch, wegweisend und führend zu sein. So ist es der katholischen Kirche und dem Zentrum als ihrer politischen Vertretung gelungen, einen verhältnismäßig großen Teil der gläubigen Arbeiterschaft an sich zu fesseln. Es wurde jedoch dabei nicht berücksichtigt, daß zwei Drittel der deutschen Bevölkerung evangelisch ist. Eine konfessionelle Richtung wird aber niemals für sich den Anspruch erheben können, dazu berufen zu sein, die soziale Frage für die Gesamtheit der Nation zu lösen.

4. Evangelische Kirche und Sozialpolitik.

Nachdem wir in großen Zügen die Entwicklung der katholisch-sozialen Bewegung verfolgt haben, müssen wir nun zeitlich wieder etwas zurückgreifen. Auch die evangelische Kirche mußte, wollte sie ihrer Bestimmung nicht untreu werden, der sozialen Frage Beachtung schenken. Hier sind es vor allem vier Männer, die sich große Verdienste erworben haben: Johann Hinrich Wichern, Viktor Aimee Huber, Rudolf Todt und Adolf Stoecker.

Während die von den katholischen Sozialpolitikern entwickelten Lehren wenigstens in ihren Grundzügen ein geschlossenes Ganzes bildeten, war die innere Einstellung der Evangelisch-Sozialen zu diesen Problemen teilweise recht verschieden. In dem wildbewegten Jahre 1848 tritt Wichern auf den Plan. Auf dem Wittenberger Kirchentage legt er die Aufgabe der Kirche dar, an der Schaffung eines auf christlichen Gemeinschaftsgeistes beruhenden Lebens mitzuwirken. Sein Name ist hauptsächlich bekannt geworden durch das „Rauhe Haus" in Hamburg und die durch seine Initiative ins Leben gerufene „Innere Mission". Es ist sein Verdienst, wenn sich die evangelische Kirche auf ihre sozialen Pflichten besann. Er wollte sie wieder zur Volkskirche machen. Da das Volk beginne die Kirche zu meiden, müsse die Kirche selbst zum Volke gehen. Nur auf diese Weise könne das evangelische Leben zu einer Stoßkraft auf dem Gebiete der sozialen Frage werden. Und dieses Ziel haben alle Männer des evangelisch-sozialen Gedankens gemeinsam; der einzig gangbare Weg ist für sie die Formung eines wirklich lebendigen und praktischen evangelischen Christentums.

Wichern wies auch wiederholt auf die Bedeutung der Politik für die Hebung der wirtschaftlichen Not der Arbeiterschaft hin und stellte darüber hinaus sozialpolitische Forderungen auf, wie zum Beispiel das Bestehen eines Rechtes auf Arbeit, die Gewährung eines Lohnes, der den Bedürfnissen der Arbeiter entspricht. Dies sind aber Gedanken, die lediglich seinem Gerechtigkeitsgefühl entsprangen. Der wirkliche Sinn seiner Lebensarbeit aber lag auf dem Gebiete der Rettungstätigkeit und Wohlfahrt. Obwohl wir sein tapferes Kämpfen für die arme Bevölkerung in jeder Beziehung anerkennen müssen und auch anerkennen wollen, so können wir uns doch nicht der Tatsache verschließen, daß auf diese Art das soziale Uebel nicht bei der Wurzel gepackt werden konnte. Wichern ist deshalb auch nur als ein Vorläufer der evangelisch-sozialen Bewegung anzusehen; denn diese ging in ihren Forderungen schon erheblich weiter. Sie verlangte eine Reform der bestehenden Verhältnisse.

Als ersten Vertreter dieser Richtung haben wir den von der katholischen zur evangelischen Kirche übergetretenen Universitätsprofessor Viktor Aimé Huber (1800—1869). Seiner Tätigkeit ist es zuzuschreiben, wenn von jetzt an über den Rahmen einer bloßen Karitas hinausgegangen wurde. Wohl erkennt er den Segen der inneren Mission an, betont aber dabei ausdrücklich, daß diese allein nicht genügen könne, um die sozialen Schäden zu heilen und bei der Wurzel zu packen. Dazu hält er eine soziale Reform auf friedlichem Wege für erforderlich. „An einen Stillstand in den gegenwärtigen Uebergangszuständen ist aber im Ernst nicht zu denken. So bleibt nur die Alternative einer friedlichen Umgestaltung ohne Bruch irgend einer Art oder eines Bruches, der nur zum Chaos führen konnte."*)

*) Viktor Aimé Huber: Ausgewählte Schriften über Sozialreform und Genossenschaftswesen. Herausgegeben von K. Munding, Berlin, 1894. Seite 1070.

Er sucht nach einer neuen Volksordnung, die in einem christlichen Gemeinschaftsgeist wurzelt und auf einer sittlichen Freiwilligkeit aufgebaut ist. So fußen denn auch seine Reformpläne auf dem Gedanken der Selbsthilfe der Arbeiterschaft, die unterstützt werden sollte durch das Wirken der inneren Mission. Seine literarische Tätigkeit liegt demgemäß auch zum größten Teil auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens. Hier hat er sämtliche Möglichkeiten der genossenschaftlichen Bindungen eingehend bearbeitet.

Die Bedeutung Hubers liegt also darin, dem von Wichern bisher eng begrenzten Gebiete der kirchlichen Wohlfahrtspflege einen weiteren Rahmen gegeben zu haben. Er brachte die evangelische Kirche an die gesamte soziale Frage heran. Eine eigentliche Auseinandersetzung mit den Problemen des Kapitalismus und Sozialismus finden wir bei ihm jedoch noch nicht.

Den ersten Versuch hierzu unternimmt der Pfarrer Rudolf Todt in seinem 1877 erschienenen Buche „Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft". Seine geistige Einstellung zu diesen Dingen und in gewisser Beziehung auch das Ergebnis seiner Untersuchungen stellt er in einem einzigen Satze in der Einleitung voran, wo er sagt: „Wer die soziale Frage verstehen und zu ihrer Lösung beitragen will, muß in der Rechten die Nationalökonomie, in der Linken die wissenschaftliche Literatur der Sozialisten und vor sich aufgeschlagen das Neue Testament haben."*)

Sein Werk bedeutet einen evangelisch-christlichen Beitrag zur sozialen Frage, der sowohl der vernunftmäßigen Gestaltung der Wirtschaft als auch den gerechten Ansprüchen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen sucht. Kirche und Staat sollen einander ergänzen im Dienst am Volke. In diesem Punkte unterscheidet sich nun evangelische und katholische Sozialpolitik maßgeblich. Während der Katholizismus dem Staat die Richtlinien seiner dogmatisch gebundenen Grundsätze geben will, bestehen die evangelischen Sozialpolitiker grundsätzlich auf einer Trennung zwischen Kirche und Staat. Todt weist dabei darauf hin, daß die preußische evangelische Landeskirche dem Staat noch niemals Anlaß dazu gegeben habe, ihr zu mißtrauen, weil sie ihm sein Gebiet streitig machen könne. Er spürte schon damals, daß die Geistlichen eigentlich die rechte Fühlungnahme mit der Gemeinde verloren hatten. Sie sollte unbedingt wieder hergestellt werden, damit wieder die wahrhaft christliche Gemeinde entstünde, die ein wichtiger Faktor zur Bekämpfung der sozialen Not sei. Als das ausschlaggebende Mittel bezeichnet er jedoch eine Reform des monarchisch und christlich orientierten Staates. In diesem Rahmen fordert er unter anderem gesetzlichen Schutz der Arbeitervereinigungen, Regelung der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen, der Lohnverhältnisse, staatliche Hilfe bei der Gründung von Produktivgenossenschaften, Minderung der Steuer- und Militärlasten und schließlich eine Beschränkung der Herrschaft des Kapitals. Der letzte Punkt zeigt uns, daß Todt

*) R. Todt: „Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft." Wittenberg 1877. Seite 1.

trotz redlicher Bemühungen noch in dem Glauben befangen ist, daß es eine wirksame Beschränkung der Macht des Kapitals geben könne, ohne doch dabei dessen Herrschaft ganz brechen zu müssen. Aber trotzdem ist er schon einen erheblichen Schritt weiter gekommen als seine Vorgänger. Wenn wir im nächsten Abschnitt den konsequenten Antisemiten Adolf Stoecker kennen lernen werden, so war ihm Todt auf diesem Gebiete schon ein Vorläufer. In dem erwähnten Werke beleuchtet er die Gefahren, die sich durch die Konzentrierung des Kapitals in jüdischen Händen ergeben. Er legt dar, daß auf Grund des Talmuds — einem „Quickbrei von Wahrheit und Lüge" — die Christen von der Nächstenliebe seitens der Juden ausgeschlossen sind. Weiter weist er darauf hin, daß ein Jude wegen seiner internationalen Einstellung niemals eine Lösung der sozialen Frage finden könne, die dem nationalen Empfinden eines Volkes gerecht werde.

Todts Wirken mündet gleichsam in das Adolf Wagners und vor allem des Hofpredigers Adolf Stoecker ein. Sein mit Unterstützung dieser beiden Männer gegründeter „Zentralverein für Sozialreform" ging später in der „Christlich-sozialen Arbeiterpartei" auf. Und damit kämen wir zu der imposantesten Persönlichkeit der evangelisch-sozialen Bewegung, dem Hofprediger Adolf Stoecker. Ueber das Leben dieses Mannes könnte man am besten die Worte schreiben, mit denen er seine berühmte Rede in der Eiskeller-Versammlung am 3. Januar 1878 schloß: „Ich meine es treu, ehrlich und gut mit dem Arbeiterstande, so wahr mir Gott helfe!" Es war aber nicht nur die Sorge um die Arbeiterschaft, die ihn zur Tätigkeit rief, sondern ihm ging es um das ganze deutsche Volk. Er sah in der sozialen Frage einen Abgrund, in den die Nation zu stürzen drohte, und diese Tatsache führte ihn ins Feld. Ohne zuerst zu ahnen, wie weitgreifend sein Schritt sein sollte, führte er dann doch den Kampf bis ans Lebensende tapfer durch. Wenn auch die junge evangelisch-soziale Idee dazu verurteilt war, nach kaum zehnjährigem Bestehen im Sande zu verlaufen, so hat sie doch gerade in der Gründerzeit manche Gemüter zur Besinnung gebracht. Als Stoecker im Jahre 1878 gemeinsam mit seinem Freunde A. Wagner sein Programm aufstellte, entstand hiermit die Forderung nach einem christlich-sozialen Staatssozialismus. Nachstehend seien die allgemeinen Grundsätze der „Christlich-sozialen Arbeiterpartei" wiedergegeben:

Allgemeine Grundsätze.

1. Die christlich-soziale Arbeiterpartei steht auf dem Boden des christlichen Glaubens und der Liebe zu König und Vaterland.
2. Sie verwirft die gegenwärtige Sozialdemokratie als unpraktisch, unchristlich und unpatriotisch.
3. Sie erstrebt eine friedliche Organisation der Arbeiter, um in Gemeinschaft mit den anderen Faktoren des Staatslebens die notwendigen praktischen Reformen anzubahnen.

4. Sie verfolgt als Ziel die Verringerung der Kluft zwischen reich und arm und die Herbeiführung einer größeren ökonomischen Sicherheit.

(Aus: **Adolf Stoecker**: „Christlich-Sozial." Reden und Aufsätze, Berlin 1890. Seite 20.)

Wir sehen also hier, daß es sich im wesentlichen um den Wagnerschen Staatssozialismus handelt, der eine betont christliche Grundlage erhalten hat. Ein näheres Eingehen auf dieses Programm erübrigt sich daher.

Stoeckers Versuch, die Arbeiterschaft an den christlich-konservativen Staat zu binden, war mit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes zum Scheitern verurteilt. Seit diesem Augenblick betrachtete der Arbeiter den Staat mißtrauisch und glaubte auch in dem Hofprediger einen Verbündeten der verhaßten „arbeiterfeindlichen" Regierung zu sehen. So kann es kein Wunder nehmen, daß allmählich die Arbeiter dieser neuen „Arbeiterpartei" den Rücken wandten, und der Mittelstand zum einzigen Träger der Partei wurde. Diese Gefahr wurde jedoch von Stoecker übersehen. Er verstand es nicht, an die Stelle der fehlenden sozialdemokratischen Agitation etwas Gleichwertiges zu setzen und die Arbeiter zu sich hinüber zu ziehen. Im Gegenteil, er gab dem Mittelstand in seiner Bewegung breiten Raum, und im Jahre 1880 wurde aus der ehemaligen „Arbeiterpartei" eine bloß „christlich-soziale" Partei. Die anfangs so vielversprechende Bewegung fand damit praktisch ihr Ende.

Auf der anderen Seite war aber nunmehr die soziale Fragestellung endgültig von der evangelischen Kirche aufgenommen. 1890 fand in Berlin der erste „Evangelisch-soziale Kongreß" statt, auf dem seit dieser Zeit alljährlich die soziale Frage nach dem Gesichtspunkte des Evangeliums erörtert wurde. Fünf Jahre später traten aber die beiden Gründer Stoecker und Wagner wieder aus und gründeten eine mehr auf positive Mitarbeit gerichtete Arbeitsgemeinschaft, die „Freie kirchlich-soziale Konferenz", die großen Einfluß auf die christlichen Gewerkschaften ausübte.

Zum Schluß verdient Stoecker noch in einem Punkte Erwähnung, und das ist seine Stellung zur Judenfrage. Sie wird am besten durch seine eigenen Worte charakterisiert, wenn er sagt: „Wenn die Juden unter den Völkern nur ihre Existenz suchten, ihren religiösen Bräuchen lebten und die eingeborene Bevölkerung hierin nicht störten, so gäbe es keine Judenfrage; aber das Judentum will nicht bloß existieren, es will herrschen, unsere besten Güter, christliche Religion, Kirche, deutsche Kultur und deutsches Wesen angreifen, selbst aber nicht geniert sein."*) Er zeigt uns, wie der wurzellos, ohne Vaterland und andere nationale Ideale lebende Jude nichts weiter kennt, als das Streben nach Reichtum und Erwerb. Schonungslos legt er dar, daß dieses Volk sich nicht mit uns verbinden will, aber im geeigneten Moment doch den Anspruch erhebt, eine Einheit mit der Nation zu bilden. Geradezu aktuell wirkt sein Hinweis auf die Tatsache, daß man in nahezu keinem jüdischen Haushalt auch jüdische Hausangestellte finden

*) a. a. O. Seite 421/22.

kann, daß es vergeblich wäre, nach einem jüdischen Arbeiter zu suchen. Marx habe mit einem geschickten Schachzug das Interesse der Arbeiter auf die Großindustriellen zu lenken versucht, um die wirklich Verantwortlichen, die großkapitalistischen Börsenjuden vor dem berechtigten Zorn der Arbeiter zu schützen. Der Hofprediger wußte die Gefahren zu würdigen, die dem deutschen Volke durch die Allmacht Judas drohten, und wenn er in Volksversammlungen immer und immer wieder darauf hinwies, so wurde ihm wohl meist begeistert Beifall geklatscht. An den maßgebenden Stellen der Regierung fanden aber seine Ermahnungen nur taube Ohren.

Wenn wir von Stoecker sagten, daß seine Bewegung allmählich zu einer Bürgerpartei wurde, so versuchte Friedrich Naumann diesen Fehler zu vermeiden. Er fühlte das Verschwinden des Zusammenhanges zwischen dem Volk und seiner Führung. Die Unmöglichkeit einer Bindung des Proletariats an die Monarchie von oben her war ihm zur Gewißheit geworden. Das Kaisertum hate sich selbst in den Netzen einer jüdischen Hochfinanz verstrickt. Das Judentum hatte Eingang in Hof und Gesellschaft gefunden. So fühlte er, daß eine wirksame Lösung nur von unten herauf kommen konnte und stellte sich im Gegensatz zu der betont konservativen Haltung Stoeckers. Das Aussichtslose eines Zusammengehens mit der konservativen Rechten führte ihn aber in das Lager des demokratischen Liberalismus. Dabei entfernte er sich immer mehr von dem Grundgedanken der evangelischen Kirche. Aus dem Evangelisch-Sozialen wurde ein Nationalsozialer. In seinem bekannten Werke „Demokratie und Kaisertum"*) setzte er seine Ideen auseinander. Die Vertretung der Arbeiterschaft, zusammengesetzt auf Grund des allgemeinen Wahlrechts, sollte der Block und Grundstein für das Kaisertum sein. Das Ziel ist also das gleiche wie bei Stoecker: Wiederherstellung des Vertrauens zwischen dem Volk und seiner Führung; nur die Mittel zur Erreichung desselben werden geändert.

Naumanns Versuch einer eigenen Parteigründung scheiterte. Seine weitere politische Wirksamkeit vollzog sich in der „Freisinnigen Vereinigung" und nach dem Weltkriege in der „Deutschen Demokratischen Partei".

Zum Schluß seien der Vollständigkeit halber noch die evangelischen Arbeitervereine erwähnt. Der Gründer dieser Vereinigungen war der westfälische Bergmann Ludwig Fischer. Im Jahre 1892 entstand in Gelsenkirchen der erste evangelische Arbeiterverein als Reaktion gegen die katholischen Vereine. Es waren in erster Linie kirchlich-religiöse Zusammenschlüsse, die keinen ausgesprochenen sozialpolitischen Zweck hatten und auch nicht allzu große Bedeutung erlangten.

Eine Gegenüberstellung des evangelisch-sozialen und katholisch-sozialen Gedankengutes führt uns zu dem Ergebnis, daß die römische Kirche das Recht für sich allein in Anspruch nimmt, führend zu sein und dem Staat die Richtlinien geben will. Auf evangelischer Seite dagegen steht das Wort: Seid

*) Friedrich Naumann: „Demokratie und Kaisertum." Berlin 1905. 4. Auflage.

untertan der Obrigkeit! im Vordergrund, daher finden wir auch vielfach die betont staatssozialistische Haltung der evangelischen Sozialpolitiker. Dann sind es noch zwei Begriffe, die beide Richtungen maßgeblich unterscheiden. Beide Konfessionen berufen sich auf die christliche Nächstenliebe. Im evangelischen Lager steht neben der Liebe die Gerechtigkeit, während die katholische Kirche an deren Stelle das Wort Barmherzigkeit setzt. Hier haben wir wohl die tiefsten und innersten Unterscheidungsmerkmale.

III. Der Marxismus und seine Stellung zur Sozialpolitik.

Wir haben bislang eine bestimmte Entwicklungstendenz in der Sozialpolitik verfolgt. So vielgestaltig die einzelnen Anschauungen auch waren, fast alle hatten sie jedoch ein gemeinsames Ziel: Die Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Einzelne Versuche zur Ueberwindung des Kapitalismus blieben stets im Anfangsstadium stecken und beschränkten sich im wesentlichen auf eine bloße Negation des wirtschaftlichen Liberalismus. Der Kapitalismus beherrschte aber noch nach wie vor das Wirtschaftsleben, und ihm galt das materielle Interesse als die einzig bewegende wirtschaftliche Kraft. Will es da Wunder nehmen, wenn nunmehr die Arbeiterschaft begann, ihre eigenen Interessen denen der herrschenden Schichten gegenüberzustellen? So schuf sich der Kapitalismus ganz zwangsläufig seinen eigenen Widersacher. Zunächst waren es nur sozialistische Utopisten, deren Lehren aber doch schon an einigen Stellen Anlaß zu Aufständen und Revolten gaben, die jedoch immer wieder im Keime erstickt wurden. Dann aber trat der Jude Karl Marx auf den Plan. Mit scharfem Blick erkannte er den in jedem Arbeiter schlummernden Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit, den er mit glänzender Agitation bis zum leidenschaftlichen Haß gegen die herrschende Schicht steigerte. Während es bisher die Aufgabe der Sozialpolitik war, einen Ausgleich der Interessen herbeizuführen, so predigte Marx von jetzt ab eine Aufpeitschung der gegenseitigen Interessen. Die bisherige Interessenpolitik des Kapitalismus wurde also jetzt mit umgekehrten Vorzeichen gegen ihren eigenen Schöpfer betrieben. Es war eine Bewegung, die nur auf dem Boden des Liberalismus mit seinen persönlichen Freiheitsidealen entspringen konnte. Sie benutzte die ihr vom Liberalismus selbst eingeräumten Rechte und Waffen zu einem wirksamen Kampf gegen den Liberalismus. So entstand die Lehre des Marxismus. Der Kampf der Interessen sollte nicht unterbunden werden. Indem die Arbeiter aufgefordert wurden, ihre eigenen Interessen gegen ihre bisherigen Unterdrücker mit allen Mitteln wahrzunehmen, wurde dieser unselige Streit bis zum irrsinnigsten Aberwitz gesteigert und geschürt. Mit geradezu beispielloser Raffinesse verknüpfte man mit der an den Wahnsinn grenzenden Lehre

einige sozial gerechte Forderungen, so daß sie in der verhetzten Arbeiterschaft weite Verbreitung fand, auf der anderen Seite aber von einsichtigen und anständigen Menschen von vornherein abgelehnt wurde. Wohl nirgends finden wir diese Gedanken schöner und schärfer formuliert als in dem Werk Adolf Hitlers, in dem er sagt: „Gerade im wirtschaftlichen und politischen Wahnwitz liegt der Sinn dieser Lehre. Denn durch ihn werden alle wahrhaft Intelligenten abgehalten, sich in ihren Dienst zu stellen, während die minder geistig Tätigen und wirtschaftlich schlecht Gebildeten mit fliegenden Fahnen ihr zueilen. Die Intelligenz für diese Bewegung — denn auch diese Bewegung braucht zu ihrem Bestehen Intelligenz — „opfert" der Jude aus seinen eigenen Reihen."*)

Erst heute können wir die Richtigkeit dieser Gedanken ermessen, die der Führer vor nunmehr zwölf Jahren in der Festungshaft zu Landsberg zum Ausdruck gebracht hat. Der Marxismus — das Produkt eines jüdischen Intellektuellen — hat auch stets seine Führerschaft aus den Reihen der Juden ergänzt. Angehörige einer fremden Rasse haben in nahezu sämtlichen Kulturländern der Erde die Führerschaft der werktätigen Bevölkerung an sich gerissen. Systematisch wurde gegen alle nationalen, sittlichen und religiösen Ideen Front gemacht.

Wie kam es nun, daß die Arbeiter einer solchen Lehre, deren wissenschaftliche Unhaltbarkeit bald bewiesen wurde, zu Millionen anhingen? Der Führer gab uns in den oben erwähnten Worten die Antwort auf diese Frage. Gerade d u r c h die wissenschaftliche Unhaltbarkeit der marxistischen Anschauung hielten sich die Kräfte von ihr fern, die gewillt waren, einen wahren und echten Sozialismus zu vertreten. Die Masse der Mitläufer aber, die nicht fähig waren zu vernunftmäßigen Ueberlegungen, wurde regiert und aufgestachelt von minderwertigen oder böswilligen Elementen, und dies waren zum größten Teil Angehörige der jüdischen Rasse. Ein Blick auf die Führerschaft des ehemaligen deutschen Kommunismus und des heutigen Rußlands beweist diese Behauptung. Diese Leute verstanden es nun, dem Kampfe der Arbeiterschaft um ihr Dasein ein weltanschauliches Gepräge zu geben. Geschickt ließ Marx die Frage nach der eigentlichen Gestaltung des von ihm erwünschten Gemeinwesens offen. Er gab nur die Richtlinien für den gegenwärtigen Kampf. Eine nähere Bestimmung der Zukunft unterließ er jedoch. So konnten sich die Arbeiter nur Vorstellungen machen, die jeweils ihren eigenen Idealen entsprachen. Damit hatte aber Marx sein Ziel erreicht und sich eine willige und jederzeit ergebene Gefolgschaft geschaffen. Alle glaubten sie für ihr eigenes Ideal zu kämpfen; in Wirklichkeit waren sie aber nur willenloses Werkzeug zur Erreichung eines ihnen unbekannten Zieles. Wir sehen hier den größten und geschicktesten Massenbetrug, den wir jemals erlebten! Den von Not und Elend geplagten Proletariern wurde der Glaube an ihren Gott genommen. Dafür gab man ihnen die Aussicht auf ein besseres Diesseits, daß sie sich nach ihren

*) Adolf Hitler: „Mein Kampf." München 1934. 2. Band, Seite 351.

eigenen Wünschen ausmalen durften. Der Marxismus war jetzt zu einer Religion der Gottlosen geworden.

Nur wenn wir den Marxismus unter diesem Gesichtspunkt betrachten, können wir seine Haltung zur Sozialpolitik richtig verstehen. Wie bereits soeben erwähnt wurde, geht die Theorie nur bis zu dem Zeitpunkt, in dem das Proletariat die öffentliche Gewalt an sich gerissen hat. Die Frage aber, was eigentlich nach der erfolgten Expropriation der Expropriateure werden soll, bleibt offen. Karl Marx erblickte also seine Aufgabe lediglich darin, nachzuweisen, daß der Sozialismus zwangsläufig und notwendig kommen müsse. In dieser Richtung müssen wir auch forschen, wollen wir beim Marxismus das finden, was wir im allgemeinen mit Sozialpolitik bezeichnen. Die Expropriation der Expropriateure kann nach Marx erst dann erfolgen, wenn das Kapitalmonopol seinen Höhepunkt erreicht hat, wenn das Elend der Arbeiterschaft unhaltbar geworden ist und die Empörung keine Fesseln mehr findet. Nun ist es aber gerade die Aufgabe einer gesunden Sozialpolitik, die Arbeiter vor solchen Zuständen zu bewahren. Ihre Grenzen liegen in der Erhaltung der Volksgesundheit auf der einen und der Sicherung der nationalen Wirtschaft auf der anderen Seite. Der Marxismus dagegen will aber gerade das Gegenteil. Eine Arbeiterschaft, die unter anständigen Bedingungen ihre Pflicht erfüllen kann, wäre ein schlechter Nährboden für die marxistische Saat. So können wir bei tieferem Hinblicken erkennen, daß Marxismus und Sozialpolitik zwei Begriffe sind, die miteinander im Widerspruch stehen. Es wäre ja auch ein Unding, einmal darauf zu warten, daß die Unzufriedenheit der Massen ihren Höhepunkt erreicht, und das andere Mal eine Politik zu treiben, die diese Unzufriedenheit beseitigen soll. Nun könnte man ja dem entgegenhalten, daß die alten sozialistischen Gewerkschaftsführer auch sozialpolitische Forderungen stellten. Diese trugen aber meist rein propagandistischen Charakter und waren praktisch unmöglich zu erfüllen. Wurden aber wirklich einmal realisierbare Forderungen aufgestellt, so galten sie nur für einen Teil der Nation, um diesen umso stärker zu machen im Kampfe gegen die eigenen Volksgenossen.

Man kommt also auch hier wieder zu dem gleichen Ergebnis und zu der Erkenntnis, daß der Marxismus eine Sozialpolitik ablehnen muß, die einen Ausgleich oder eine Beseitigung der Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit ermöglichen will. Ihm kommt es gerade darauf an, zunächst einmal alles Bestehende zu zerstören.

So erhält denn bei dieser Weltanschauung die Sozialpolitik — soweit man überhaupt noch von einer Sozialpolitik sprechen kann — eine völlig andere Sinndeutung. Während bisher die häufigste Meinung war, daß unter Sozialpolitik alle Maßnahmen zu verstehen seien, die auf eine Abschwächung der Klassengegensätze hinzielen, wies man jetzt der Sozialpolitik die Aufgabe zu, den Klassenkampf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern.

Wir fragen uns: Wie konnte eine solche Lehre entstehen und an Boden gewinnen, die doch mindestens für absehbare Zeit dem Arbeiter nichts weiter brachte als eine Verschärfung des Massenelends? Der Grund hierfür ist in der weltanschaulichen Unterbauung des Marxismus selbst, in der materialistischen Geschichtsauffassung und in der Lehre vom Klassenkampf zu finden. Gerade in der eigenartigen Verpflechtung von Oekonomik und Weltanschauung liegt ja — wie in anderem Zusammenhange bereits erwähnt wurde — der Schlüssel zum Verständnis für diese Lehre. Wir werden dann sehen, daß Kapitalismus und Marxismus im Prinzip das gleiche sind, nämlich die Vertreter einer reinen Interessenwirtschaft.

Auch der Marxismus glaubt — genau wie der Liberalismus — an das Vorhandensein bestimmter Naturgesetze, denen der Mensch unterworfen sei. Nun ist ja bekannter Weise der Begriff der Gesetzmäßigkeit von Marx, wie Sombart einmal sagte, sehr „salopp"*) behandelt worden. Eine Auseinandersetzung mit Marx in dieser Hinsicht gehört jedoch nicht hierher und muß daher unterbleiben. Nur soviel muß festgestellt werden, daß die Behauptung, die kapitalistische Produktion müsse zwangsläufig und gesetzmäßig ihre eigene Negation erzeugen, im krassen Widerspruch zu dem im kommunistischen Manifest angekündigten gewaltsamen Umsturz steht. Hier wird also die sonst vertretene Theorie von der Gesetzmäßigkeit der Zusammenhänge einfach umgebogen, da Marx anscheinend keine andere Möglichkeit sah, sein Ziel zu erreichen.

Als Grundlage des gesellschaftlichen Lebens bezeichnet nun Marx die Entwicklung der materiellen Produktion. „Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt."**)

In dieser von ihren Schöpfern Marx und Engels selbst so bezeichneten „materialistischen Geschichtsauffassung" erkennen wir auch die Lehre vom „ideologischen Ueberbau". Alles, was an Gemeinschaftsgeist und nationale Bindungen erinnert, ist nach dieser Darstellung nur eine lügenhafte Vorspiegelung der kapitalistischen Kreise, hinter der sie geschickt ihre eigenen Interessen verbergen. Das treibende Moment des historischen Geschehens sei nicht etwa das Bemühen zur Erhaltung und Sicherung der politischen und nationalen Einheit, sondern vielmehr der Kampf der Klassen gegeneinander, der alle Nichtbesitzenden auch über die nationalen Grenzen hinaus gegen die Besitzenden verbinde. Der Staat ist nach dieser Meinung nur ein Machtapparat in den Händen der herrschenden Klasse, den diese benutzt, um die unterdrückten Klassen umso besser ausbeuten zu können. Aufgabe der Proletarier sei es, der herrschenden Klasse das Machtinstrument aus den Händen zu ringen, um es für die eigenen Interessen einzusetzen.

*) W. Sombart: „Der Begriff der Gesetzmäßigkeit bei Marx." In Schmollers Jahrbuch, 47. Jahrgang 1924. Seite 11.

**) K. Marx: Vorwort zur „Kritik der politischen Oekonomie." Berlin 1924. Seite LV.

Die im Besitz der Macht befindlichen Arbeiter sind aber kein organisches Ganzes, sondern nur die Summe von Einzelwesen, die nichts weiter gemeinsam haben als die gleichen materiellen Interessen. Sie werden zusammengehalten von dem Haß gegen ihre ehemaligen Unterdrücker.

Während bisher im liberalistisch-kapitalistischen System die Verfügungsgewalt über das Kapital das Ziel war, tritt nun an dessen Stelle der Streit über die Verfügungsgewalt der gesamten Arbeitskraft. Kapitalismus ist aber für den Nationalsozialismus nichts anderes als das Streben nach der Verfügungsgewalt über die Arbeitsmöglichkeit. Ob nun diese Verfügungsgewalt in Effekten und Gewinnbeteiligungen besteht oder in der Herrschaft über die gesamte Arbeitskraft, ist im Prinzip das gleiche. Auf jeden Fall handelt es sich beide Male um die Wahrnehmung von nur materiellen Interessen; in dem einen Fall sind es die der Besitzenden und im anderen die der Nichtbesitzenden. Der Marxismus ist also weit entfernt von dem, was wir heute als Sozialismus bezeichnen. Er ist der Vertreter einer reinen Interessenpolitik.

Wenn wir uns mit Marx in erster Linie weltanschaulich auseinanderzusetzen haben, so findet dies seine Berechtigung darin, daß sich der Kampf gegen ihn meist nicht auf wirtschaftlichem Gebiete abspielte, sondern immer erst dann wirksam wurde, wenn er auf politisches Gebiet überging. Nirgends wird uns diese Wahrheit deutlicher als in dem Schlußsatz des kommunistischen Manifestes: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Es ist verständlich, daß diese Haltung auch in den Reihen des Marxismus selbst nicht immer Billigung fand. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen können aber im Rahmen dieser Arbeit nur kurz erwähnt werden. An erster Stelle verdient hier der Revisionismus genannt zu werden, dessen Haupt Ed. Bernstein war. Er erkannte, daß die Entwicklung doch etwas anders ging, als sie Marx prophezeit hatte. Die Lage der Arbeiter verschlechterte sich nicht in dem vorhergesagten Umfange, und die Expropriation der Expropriateure lag noch in weiter Ferne. Nun verkündete Bernstein, daß es nicht anginge, die Arbeiterschaft noch länger auf eine bessere Zukunft zu vertrösten und dabei jede positive Mitarbeit an den Regierungsgeschäften zu verweigern. Er erklärte, daß sich die Partei von der revolutionären Phraseologie frei zu machen habe und auf die konkrete Tagesarbeit einstellen müsse. Die letzten Reste Hegelscher Dialektik seien nunmehr endgültig aus dem Marxismus zu entfernen. Bei näherem Untersuchen entdecken wir aber, daß Bernsteins Theorien alles andere als marxistisch sind; denn gerade der Versuch, den Arbeitern auch innerhalb des kapitalistischen Systems ein erträgliches Auskommen zu sichern, muß ja deren Unzufriedenheit abschwächen und die erhoffte Weltrevolution in noch weitere Ferne rücken. Der Marxismus würde dann aber aufhören, ein Produkt der Gegensätze zu sein. Es ist daher auch nicht verwunderlich, wenn die Partei von einer solchen Stellungnahme energisch abrückte. Auf dem Dresdener Parteitage wurde dann nachstehende Resolution angenommen:

„Der Parteitag verurteilt aufs entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt."*)

Hatte auch mit dieser Entschließung die alte marxistische Richtung einen klaren Sieg errungen, so blieben doch die Anschauungen Bernsteins auf die Gewerkschaftsbewegung nicht ohne Einfluß. Die Gewerkschaften hatten nun einmal das Ziel, die Lage der werktätigen Bevölkerung zu bessern, und wollte man den Einfluß auf die Arbeiterschaft nicht verlieren, so war man schon gezwungen, in diesem Falle Zugeständnisse zu machen, die der Sozialdemokratie nicht immer sehr bequem waren. Aus diesem Grunde ist es auch erklärlich, daß von seiten der Partei immer wieder alles versucht wurde, um die gewerkschaftlichen Führer aus ihren eigenen Reihen zu ergänzen. Wir verstehen jetzt auch, weshalb diese im marxistischen Geist erzogene Führerschaft kein allzu großes Interesse daran hatte, ihren Arbeitern wirksam zu helfen.

Die Abschwächung der Gegnerschaft zwischen dem Revisionismus und dem Zentrismus, vertreten durch die Parteimehrheit, wurde erleichtert durch einen neuen Widersacher, der der Sozialdemokratie zunächst in den eigenen Reihen erwuchs. Es bildete sich eine Opposition, der das bisherige Vorgehen der Partei zu zahm war. Wir finden hier Namen wie Rosa Luxemburg, Klara Zetkin, Karl Liebknecht und andere. Auch sie empfanden wie die Revisionisten das revolutionäre Feldgeschrei als Phrase. Nur zogen sie daraus andere Konsequenzen als diese. Nicht in der positiven Mitarbeit sahen sie die Lösung des Problems. Ihr Ziel war die Herbeiführung einer wirklichen Revolution, das Mittel dazu der Massenstreik. Die Massen sollten durch solch einen politischen Streik wachgerüttelt und aufgepeitscht werden. In Straßenkämpfen und Revolten sah man eine weitere Möglichkeit, die herrschende Klasse vollständig zu vernichten. Diese Leute, geführt von der Jüdin Rosa Luxemburg, brachten die ersten kommunistischen Tendenzen in die Sozialdemokratie. Der Bolschewismus ist also die stärkste und extremste Form, in der der Marxismus auftreten kann.

IV. Die Krise in der Sozialpolitik.

Die Jahre nach dem Weltkriege mit ihren zahllosen Wirren ergaben auch für die Sozialpolitik eine völlig veränderte Situation. Man könnte jene Epoche geradezu als das Zeitalter der sozialpolitischen Hilflosigkeit bezeichnen. Innerhalb der nationalökonomischen Wissenschaft gab man dieser Erscheinung den Namen „Krise in der Sozialpolitik". Es entstand eine

*) H. Herkner: „Die Arbeiterfrage." 2. Band, Seite 382.

Problematik, deren letzte Ursachen in dem allgemein krisenhaften Charakter des damaligen Deutschland zu suchen sind. Den Beweis dafür liefert uns die Tatsache, daß außerhalb der Reichsgrenzen eine „Krise in der Sozialpolitik" unbekannt blieb. Mit der Herstellung der Demokratie glaubte nun das Volk, daß es an seinem eigenen Schicksal mitbestimmen könne und erwartete davon auch eine Besserung seiner traurigen Verhältnisse. In Wirklichkeit war es jedoch machtloser denn je. Die Konzentration der Unternehmungen und Betriebe in einer Hand nahm einen unaufhaltsamen Fortgang. Es sei an dieser Stelle nur an das Beispiel von Stinnes erinnert. Die Wirtschaft wurde zu einem Machtgebilde von bisher ungekannten Ausmaßen. Bald hatten sich auch die entscheidenden Personen der Wirtschaft Einfluß auf die führenden Parteien des Parlaments gesichert. So wurde denn die Sozialpolitik, genau wie die allgemeine Politik, von deren Interessen geleitet. Dazu verwirrte die Lage noch der ständige Wechsel in der Besetzung der Ministerposten. Sozialdemokraten, Zentrumsanhänger, Demokraten und Mitglieder der Deutschen Volkspartei entsandten abwechselnd, je nach Ausfall der Wahlen, die in immer häufigeren Zwischenräumen stattfanden, ihre Vertreter in die Regierung, und jede Partei versuchte nach Möglichkeit die von ihr vertretenen Anschauungen zur Durchführung zu bringen. Eine einheitlich und zielbewußt ausgerichtete Politik war also einfach unmöglich. Allmählich erkannte man, daß der Sozialismus durch die Novemberrevolution nicht näher gebracht, sondern eher noch in weitere Fernen gerückt worden war. Die Unzufriedenheit der Massen begann wieder zu steigen, und der Bolschewismus war der Nutznießer dieser Verwirrung.

Was lag da näher, als daß die Parteien in den Wahlkämpfen das beliebteste Schlagwort der Vorkriegszeit, die Sozialpolitik, in die Waagschale warfen? Alle bisher nicht eingelösten Versprechen sollten nun auf sozialpolitischem Gebiete ihre Entschädigung finden. Gerade hier machten sich die Machtschwankungen und politischen Kämpfe am deutlichsten bemerkbar. Auch die in der Mehrzahl noch manchesterlich eingestellten Unternehmer mußten sich wohl oder übel, wollten sie die Wählermassen für ihre Parteien nicht verlieren, zu sozialpolitischen Zugeständnissen bequemen. So stimmten sie einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und denen der Arbeitnehmer zu und erklärten sich sogar damit einverstanden, daß die Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine in dieser Arbeitsgemeinschaft nicht vertreten sein sollten. Die sogenannten Streikbrecherorganisationen wollte man auf diese Weise kalt stellen. Die neu gegründete Einrichtung hatte den Zweck, das Schlichtungs-, Tarif- und Nachweiswesen auf paritätischer Grundlage zu regeln. Sie wurde in der Folge zum Kampfplatz der gegenseitigen Interessen der beiden Parteien. In oft widerlichem Kuhhandel versuchte man, den „Gegner" zu Geständnissen zu zwingen und vergaß dabei ganz, daß man gemeinsam an *einem* großen Werke zu arbeiten hatte. Aber nicht nur innerhalb der Kollektivorgane gab es Konflikte, sondern auch um das Tarifvertrags- und Schlich-

tungswesen an sich entbrannte ein heißer Streit. Im wesentlichen ging es hier darum, welche Stellung der Staat innerhalb des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit einzunehmen hatte.

Im Mittelpunkt der Kritik stand die Möglichkeit, von seiten des Staates einen Vertragsvorschlag für unanfechtbar und verbindlich zu erklären, falls die Parteien zu keiner Einigung kamen. Merkwürdigerweise wandte man sich in beiden Lagern gegen diese Verbindlichkeitserklärungen. Allerdings wurde diese Negation ganz verschieden begründet. Den Unternehmern war die Einmischung des Staates in die Wirtschaft, von der sie eine Einschränkung ihrer Machtposition fürchteten, unangenehm, und so erklärten sie, beide Parteien würden schrankenlose Forderungen stellen und die Verantwortung für die Folgen auf den Staat abwälzen. Wüßten dagegen beide Vertretungen, daß sie allein verantwortlich seien, so würden sie sich hüten, Wünsche zu äußern, die den Ruin der Gesamtwirtschaft bedeuten. „Wenn zwei Parteien sich einigen sollen, so darf man sie der verantwortungsvollen Mühe, eine gemeinsame Lösung zu finden, nicht dadurch überheben, daß man ihnen für den Fall der Nichteinigung eine anderweitige Lösung mit anderweitigen Verantwortlichkeiten in Aussicht stellt."*)

Die Gewerkschaften wiederum lehnten einen Eingriff des Staates deswegen ab, weil dadurch der freie Arbeitskampf, der eine notwendige Erscheinung des wirtschaftlichen Klassenkampfes sei, durch einen einseitigen Hoheitsakt des Staates unterbunden werde. Wir sehen also hier wieder die typisch marxistische Lehre zum Durchbruch kommen, die jede friedliche Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft ablehnt und finden die Bestätigung für die Behauptung, daß der Marxismus eine Sozialpolitik nur dann anerkennt, wenn durch sie der Klassenkampf gesteigert wird.

Nicht minder erbittert ging der Streit um die Arbeitszeit. Besonderes Aufsehen erregte hier die Auseinandersetzung zwischen Herkner und Brentano in den Zeitschriften „Der Arbeitgeber" und „Soziale Praxis". Der als Kathedersozialist bekannte Universitätsprofessor Herkner wandte sich 1923 in einem im „Arbeitgeber" veröffentlichten Aufsatz in scharfen Worten gegen die „machttrunkenen Gewerkschaftler" und erklärte, daß die rücksichtslose Durchführung des Achtstundentages zu einer Zeit, in der nur die Steigerung der Arbeitsleistung Deutschland vor dem drohenden Untergang bewahren könne, ein Unding sei. Brentano vertrat dagegen die alte Forderung der Arbeiterschaft: eight hours work, eight hours sleep, eight hours play.

Hier sehen wir nun deutlich den Kernpunkt der ganzen Problematik. Während vor dem Kriege die Wirtschaft ziemlich mühelos im Stande war, die von der staatlichen Sozialpolitik vorgeschriebenen Forderungen zu erfüllen, befand sich die durch die Kriegsjahre geschwächte Wirtschaft vor einer viel schwierigeren Aufgabe. Sie war weniger leistungsfähig und sollte höhere soziale Lasten tragen. So machten sich bereits wirtschaftliche Grenzen der

*) Graunert: „Der Arbeitgeber." 1928. Nr. 5.

Sozialpolitik bemerkbar, und die Frage: Zu viel oder zu wenig Sozialpolitik? tauchte wieder auf. Wir sehen dabei aber auch, daß es sich letzten Endes um eine Krise des gesamten damaligen Systems handelte; denn man hatte den Arbeitern ein Leben in Schönheit und Würde versprochen und wußte nun nicht, woher man die Mittel für die notwendigen sozialpolitischen Maßnahmen nehmen sollte. Man stand vor einer schier unlösbaren Frage. Die Kritiker aus dem liberalen Lager sahen die Ursache für diese Erscheinung in dem zu starken Einmischen des Staates in die wirtschaftlichen Gesetze, während die demokratisch-marxistischen Parteien die Schuld auf die reaktionären Kreise abzuwälzen versuchten. Daß auch die Wissenschaft über eine gewisse Hilflosigkeit nicht hinauskam, beweist ein Ausspruch von Zwiedinek-Südenhorst, der erklärte, man müsse „leider die Sozialpolitik sich experimentell vorwärtstasten lassen".*)

Solche Erscheinungen veranlassen uns, zu untersuchen, in welchen Punkten sich die sozialpolitische Geisteshaltung der Nachkriegsjahre von der des Kaiserreiches unterscheidet. Vor der Revolution gestaltete der Staat unabhängig von den Interessen der einzelnen Parteien die Sozialpolitik. Sein Ziel war die Sicherung und Verbesserung der Lebenshaltung des gesamten Volkes. Die Wünsche der Individuen fanden dabei nur Berücksichtigung, soweit sie mit dem Gesamtwohl der Nation zu vereinbaren waren. Anders wurde es jedoch im Novemberstaat. Hier wurde die Sozialprolitik ein Produkt des ständigen Druckes der gegenseitigen Interessenvertretungen. Sie war also mehr oder weniger von den zufälligen Ergebnissen parlamentarischer Abstimmungen abhängig. Je nach dem Maße politischer Machtstellungen einzelner Interessengruppen konnten diese auf Befriedigung ihrer Wünsche und Forderungen rechnen. Es liegt nun einmal in der Natur des demokratischen Parteienstaates, daß die Interessen der einzelnen Parlamentsvertretungen vor dem Gesamtwohl der Nation rangieren, ja daß diese teilweise sogar mit den Notwendigkeiten des Volksganzen im Widerspruch stehen. So sehen wir auch hier wieder, daß Marxismus und Parlamentarismus in keiner Weise dem entsprechen, was wir heute Sozialismus nennen. Sie bedeuten in Wirklichkeit nichts anderes als die Weiterführung des kapitalistischen Interessenkampfes mit umgekehrtem Vorzeichen.

V. Der Nationalsozialismus.

(Sozialismus und Sozialpolitik.)

Eine entscheidende Wendung trat in Deutschland mit dem sieghaften Durchbruch der nationalsozialistischen Weltanschauung ein. Wohl nie in der Geschichte unseres Landes wurde das gesamte wirtschaftliche, soziale und

*) v. Zwiedinek-Südenhorst: „Zum Schicksal der deutschen Sozialpolitik" in Schmollers Jahrbuch 1924, Seite 137.

politische Leben so grundlegend umgestaltet, wie es seit dem Jahre 1933 geschieht. Bisher waren es im wesentlichen nur Machthaber und einflußreiche Staatsmänner, die sich in der Leitung der Regierung gegenseitig ablösten und nach ihren Ideen die Geschicke des Reiches lenkten. Jetzt hatte sich aber nach vierzehnjährigem Ringen eine neue Weltanschauung durchgesetzt. Darüber hinaus ist es dem Schöpfer dieser Weltanschauung selbst vergönnt, diese einheitlich nach seinem Willen zur Tat werden zu lassen, und es liegt im Nationalsozialismus begründet, daß er keine Halbheiten duldet, sondern folgerichtig und zielbewußt an die Arbeit geht. Diese Tatsache ist für die Erkenntnis der Dinge von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Das ist das Große am Nationalsozialismus. Er hat es nicht nötig, auf bevorstehende Wahlen Rücksicht zu nehmen. Das Ziel seines Handelns ist nicht auf eine bestimmte Legislaturperiode begrenzt. Er kann wieder in Generationen denken. Erinnern wir uns — um nur zwei Beispiele anzuführen — an den Bau der Reichsautobahnen, an die bevölkerungspolitischen Gesetze der nationalsozialistischen Regierung, so erkennen wir, hier wird nicht nur für die Gegenwart gearbeitet, sondern in erster Linie für die kommenden Geschlechter der Weg geebnet.

Weiter müssen wir dann Bismarcks Wort berücksichtigen, daß Politik die Kunst des Möglichen ist. Vieles hat der Nationalsozialismus bereits erreicht, aber noch größer sind die Aufgaben, die vor uns liegen. Man hat dem deutschen Volke keine neue Wirtschaftsdoktrin versprochen, sondern eine neue Weltanschauung. Ehe die gesamte Nation von dieser wirklich innerlich durchdrungen ist, wird noch eine geraume Zeit vergehen. Der deutsche Sozialismus kann dem Volke nicht mit Gewalt beigebracht werden; er ist eine Frage der Erziehung und der Schulung. Dr. Ley hat einmal gesagt: „Sozialismus ist Erziehung, ist Formung des Geistes und der Seele und nicht gleichzusetzen mit Konstruktionen und Organisationen.“*)

Gerade auf dem Gebiete der sozialen Frage zeigt sich nun mit aller Deutlichkeit, daß mit der Verwirklichung des Sozialismus die Sozialpolitik eine grundlegende Umgestaltung erfahren muß. Die Sozialpolitik wird nicht mehr, wie es bisher der Fall war, eine Korrektur des Kapitalismus sein, da dieser vollständig überwunden ist. Sie wird aufgehen in dem deutschen Sozialismus, der die alte Form des Wirtschaftsgebildes gesprengt und das deutsche Volk unter einem einheitlichen Willen geeinigt hat. Sozialpolitik, wie sie jetzt noch betrieben werden m u ß, hat das Ziel, sich selbst zu überwinden. Dabei ist aber unbedingt zu berücksichtigen, daß es sich nur um eine Art der Sozialpolitik handelt, die nichts anderes sein will als eine Korrektur des Kapitalismus. Sie wird und muß noch so lange durchgeführt werden, bis der Sozialismus seine Verwirklichung gefunden hat.

Darüber hinaus wird aber auch in einem vom sozialistischen Willen beherrschten und durchdrungenen Volke die soziale Frage nicht gänzlich ver-

*) Dr. Robert Ley: „Durchbruch der sozialen Ehre.“ Reden und Gedanken. Herausgegeben von H. Dauer und W. Riehl 1935. Seite 62—68.

schwinden. Immer gibt es Volksgenossen, die nicht fähig und zu schwach sind, sich im Daseinskampfe — im Kampfe der Leistungen — durchzusetzen. Hier bleibt es die vornehmste Aufgabe des Staates, Frauen, Kranke, Jugend und Alter in seinen Schutz zu nehmen. Wir sehen dabei auch, daß es falsch wäre, zu behaupten, in einem sozialistischen Staate sei kein Platz für eine Sozialpolitik. Wohl können wir eine grundlegende Umgestaltung und Einschränkung erwarten. Alters- und Krankenversicherung, Frauen- und Kinderschutz sind und bleiben nun aber einmal wesentliche Bestandteile jeder Sozialpolitik. Sozialismus und Sozialpolitik sind also nur dann Gegensätze, wenn man unter Sozialpolitik die Milderung der Schäden einer eigengesetzlich-kapitalistischen Wirtschaft versteht. Im nationalsozialistischen Staat wird also die Sozialpolitik nichts anderes sein als die praktische Anwendung des Sozialismus im wirtschaftlichen und sozialen Raum.

So lange jedoch die Wirtschaft versuchen wird, die Verwirklichung des Sozialismus zu verhindern, so lange besteht eben auf diesem Gebiete noch kein Nationalsozialismus. Wir müssen uns nun die Frage vorlegen: Was sind die Wesensmerkmale des deutschen Sozialismus?

Aus dem oben angeführten Worte Dr. Leys geht hervor, daß der Sozialismus in erster Linie eine Gesinnung ist und erst in zweiter Linie eine Ordnung, die sich nach dieser Gesinnung richten muß. Sozialismus ist die heldische Haltung, die dem händlerischen Geist der Vergangenheit entgegentritt. Aufopferungsfähigkeit und Aufopferungswille des einzelnen für die Gesamtheit sind seine Grundpfeiler.

Vor dem Jahre 1933 wurden solche Lehren des Führers als schwindel- oder phrasenhaft verlacht. Man sah eben im Lager der Gegner, das fast nur von materiellen Interessen geleitet wurde, keine Möglichkeit, das Gemeinschaftsgefühl, das alle Volksgenossen vereint, zu einem wirksamen Faktor realer Politik zu gestalten. Der Ablauf der Geschichte hat uns jedoch diese Tatsache bewiesen. Nie hätte sich Deutschland wieder zu einer solchen Stärke und inneren Festigkeit emporarbeiten können, wäre es nicht gelungen, sämtliche idealen Kräfte der Nation zu mobilisieren und aktivieren. Der bisherige Erfolg gibt uns den festen Glauben, daß es auch gelingen wird, dem sozialistischen Willen in allen Lebensbereichen Eintritt zu verschaffen. Für uns bleibt der Sozialismus die Forderung einer Lebensordnung, die aus dem Volke geboren ist und das Recht auf Arbeit zur Grundlage hat. Erst wenn das Urrecht auf Arbeit seine Verwirklichung gefunden hat, ist die Frage gelöst, wie die Menschen unter sich geordnet werden. Das Recht auf Arbeit ist der größte und beste Ausdruck, der dem bisher herrschenden kapitalistischen System entgegengesetzt wird.

Jetzt findet auch die Arbeit wieder ihre verdiente Wertung, und es fällt die unsittliche Vorstellung, daß das Kapital über seine Erzeuger Natur und Arbeit die Herrschaft ausüben könne. Der Wert der Arbeit findet seinen tathaften Ausdruck in der Arbeitsdienstpflicht. In dem Recht auf Arbeit liegt auch gleichzeitig die Pflicht zur Leistung begründet. Die Leistung aber ist frei. Nur durch den Wettbewerb der freien Leistungen entsteht eigent-

licher wirtschaftlicher Fortschritt. Dieser Wettbewerb ist aber ein Unding, so lange wir noch von einer industriellen Reservearmee sprechen konnten, so lange der Arbeiter noch gezwungen war, seine Arbeitskraft dem Unternehmer auf jeden Fall anbieten zu müssen. Der Arbeiter steht nicht mehr unter dem Zwang, unbedingt diese Arbeit annehmen zu müssen; er kann sich an einen anderen Unternehmer wenden, der ihn seiner Leistung nach bezahlt. Es wäre müßig, sich über die Frage zu streiten, wie sich nun der gerechte Lohn für die Leistung bestimmen läßt. Eine mathematische Aufgabe können wir hieraus bestimmt nicht machen. Die Gewißheit aber besteht, daß der von gleichberechtigten Arbeitern und Unternehmern im natürlichen Leistungswettbewerb ermittelte Lohn eine anständige Bezahlung für den Arbeiter ergibt, die auch für die Wirtschaft tragbar ist.

Damit ist auch der Beweis geliefert, daß der Arbeiter in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit nicht wehrlos ist. Der Kapitalismus hatte ihn lediglich gefesselt, und diese Fessel ist nun gefallen. Die Aufgabe der Sozialpolitik darf daher nicht darin bestehen, den Wehrlosen zu schützen, sondern ihn wehrhaft zu machen. Dann hat er keinen Kampf mehr zu fürchten, und die alte Kampfgewohnheit bleibt erhalten.

Wir nähern uns hier wieder dem Ausgangspunkt altpreußischer Sozialpolitik. Sie hatte ihren Ursprung im Jugendschutz. König Friedrich Wilhelm III. veranlaßte damals die bekannten Maßnahmen gegen die übermäßige Kinderarbeit in den Fabriken, als der Nachwuchs an gesunden jungen Rekruten gefährdet war. In jener Zeit waren es weniger humane Gefühle, die zum Handeln zwangen, als die Staatsnotwendigkeit. Nicht die Fürsorge für den einzelnen stand im Vordergrund, sondern die Gesamtheit. Die gleichen Grundsätze finden wir in der sozialen Jugendarbeit des Dritten Reiches. Gesunderhaltung der Gesunden und Leistungssteigerung der Leistungsfähigen heißt das Arbeitsziel. Es werden also nicht Krankheitssymptome, sondern Leistungsmöglichkeiten gesehen. Bei einem derartigen Einsatz der Sozialpolitik wird sie niemand als ein Geschenk auffassen, sondern vielmehr als eine Verpflichtung zu vollem Einsatz seiner Kräfte für die gesamte Nation. Dann hat auch der Arbeiter die Gewißheit, daß er seine Arbeitskraft unter anständigen Bedingungen zur Verfügung stellen kann. In allen Teilen des Reiches macht sich schon jetzt ein Mangel an Facharbeitern bemerkbar. Das bedeutet aber: Arbeiter und Unternehmer stehen sich nunmehr als gleichberechtigt gegenüber. Beide Teile müssen jetzt von dem Gefühl der gegenseitigen Abhängigkeit durchdrungen sein. Der nationalsozialistische Arbeiter begreift dann, daß sein eigenes materielles Glück von der Gesamtwirtschaft des Volkes abhängig ist, und der nationalsozialistische Unternehmer erkennt, daß eine zufriedene und glückliche Arbeiterschaft die Voraussetzung für sein eigenes Bestehen ist. Der Führer erklärte am 9. September 1936 auf dem Reichsparteitage in Nürnberg:

„Es gibt keine Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor dem Gesamtinteresse der Nation, sondern nur noch Arbeitsbeauftragte des gesamten deutschen Volkes!"

Durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom Jahre 1934 wurde die Zusammenführung von Unternehmern und Arbeitern zu einer gemeinsamen Front verwirklicht. Hier ist sowohl den Unternehmern als auch den Arbeitern Gelegenheit gegeben, zu beweisen, daß sie von dem sittlichen Ernst ihrer Aufgabe durchdrungen sind. Darüber hinaus wird der Grundsatz vertreten, daß Führertum und Verantwortung grundsätzlich zusammengehören. Das Verhältnis von Betriebsführer zu Gefolgschaft soll ein soldatisches Gepräge erhalten. Schließlich kommt der sozialistische Gehalt dieses Gesetzes in den sozialen Ehrengerichten zum Ausdruck. Das Urteil richtet sich nicht mehr nach dem toten Buchstaben des Gesetzes, sondern nach der Gesinnung und der geistigen Haltung. Anständigkeit und Ehrenhaftigkeit sollen in den Betrieben wieder ihren Einzug halten und zum obersten Gesetz werden.

Noch aber ist die Arbeit nicht frei; noch sind über eine Million deutscher Volksgenossen von der Produktion ausgeschlossen. Im eifrigen Bemühen ist die Regierung bestrebt, auch diesen letzten Rest an Arbeitslosen in Lohn und Brot zu bringen. Es besteht daher die Notwendigkeit zu einer Sozialpolitik, die den Arbeiter gegen das Kapital schützen muß. (Es sei hier nur an das Verbot der Lohnsenkung erinnert!) Eine gute und erfolgreiche Sozialpolitik kann aber nur betrieben werden, wenn die dazu notwendigen Mittel aus dem Ertrag des Arbeitseinsatzes kommen. Der Sozialismus als die sittliche Forderung nach Anständigkeit im Arbeitsleben erfordert aber keine materiellen Opfer. Er läßt sich auch in einem armen Volke zur Durchführung bringen. Deshalb müssen wir auch immer wieder den Ruf laut werden lassen:

Wir wollen keine Sozialpolitiker sein, sondern Sozialisten!

Der Sozialpolitik wird aber auch im sozialistischen Staate die Aufgabe zufallen, die Volksgenossen zu schützen, die von Natur aus zu schwach sind, sich selbst in dem Kampfe der Leistungen zu erhalten, das heißt, sie wird sich beschränken auf den Schutz der Kinder und Frauen, der Kranken und des Alters. Sie wird aber aufhören eine Wohltätigkeitseinrichtung für Feige und Arbeitsscheue zu sein. In einem sozialistischen Staatswesen ist dann kein Platz für solche Elemente. Sie werden ein Opfer des Kampfes ums Dasein.

Literaturverzeichnis.

1. Albrecht, G.: Vom Klassenkampf zum sozialen Frieden. Jena 1932.
2. Althaus, H.: Nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Wesen, Aufgaben und Aufbau. Berlin 1935.
3. Baader, F.: Grundzüge der Sozietätsphilosophie: Ideen über Recht, Staat, Gesellschaft und Kirche. Herausgegeben von F. Hoffmann, Würzburg 1865.
4. Bernhard, L.: Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik. Berlin 1913.
5. Bernstein, Ed.: Grundsätze des Kommunismus. Berlin 1919.
6. Bismarck, O.: Gedanken und Erinnerungen. Band 1—3. Stuttgart und Berlin 1928.
7. Bismarck, O.: Bismarcks politische Reden. Herausgegeben von H. Kohl. Band 10 und 12.
8. Böhme, Th.: Die christlich-nationale Gewerkschaft. Ihr Werden, Wesen und Wollen. Stuttgart 1930.
9. Brauer, Th.: Der moderne deutsche Sozialismus. Freiburg 1929.
10. Brentano, L.: Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht. Leipzig 1877.
11. Brentano, L.: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands. Jena 1930.
12. Brentano, L.: Der Ansturm gegen den Achtstundentag. Berlin 1924.
13. Craemer, R.: Der Kampf um die Volksordnung. Hamburg 1933.
14. Dietrich, O.: Das Wirtschaftsdenken im Dritten Reich. München 1936.
15. Engels, F.: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Berlin 1919.
16. Günther, A.: Sozialpolitik 1. Teil: Theorie der Sozialpolitik. Berlin und Leipzig 1922.
17. Heimann, Ed.: Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik. Tübingen 1929.
18. Herkner, H.: Die Arbeiterfrage. Band 1 und 2. Berlin und Leipzig 1921.
19. Heyde, L.: Abriß der Sozialpolitik. Leipzig 1935.
20. Hildebrand, B.: Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft und andere gesammelte Schriften. Band 1. Jena 1922.
21. Hitler, A.: Mein Kampf. 125—126. Auflage, München 1934.
22. Huber, E. R.: Die Gestalt des deutschen Sozialismus. Hamburg 1934.
23. Huber, V. A.: Ausgewählte Schriften über Sozialreform und Genossenschaftswesen. Herausgegeben von K. Munding. Berlin 1894.
24. Kautsky, K.: Die proletarische Revolution und ihr Programm. 2. Auflage 1922.
25. Ketteler, W. E.: Die Arbeiterfrage und das Christentum. Mainz 1864.
26. Marx, K.: Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie. 1—3. Buch. Hamburg 1922.
27. Mehring, F.: Karl Marx. Geschichte seines Lebens. Leipzig 1918.
28. Muhs, K.: Anti-Marx. Betrachtungen über den inneren Aufbau der Marxschen Oekonomie. 1. Band. Jena 1927.
29. Naumann, F.: Demokratie und Kaisertum. 4. Aufl. Berlin 1905.
30. Neumark, F.: Neue Ideologien der Wirtschaftspolitik. Leipzig und Wien 1936.
31. Philippovich, E.: Grundriß der politischen Oekonomie. 2. Band, 8. Auflage. Tübingen 1919.

32. Poschinger: Fürst Bismarck und die Parlamentarier. Breslau 1894.
33. Poschinger: Fürst Bismarck als Volkswirt. Berlin 1899.
34. Roscher, W.: System der Armenpflege und Armenpolitik. 2. Aufl.
35. Salomon, A.: Soziale Führer. Leipzig 1932.
36. Schmoller, G.: Die soziale Frage. 1918.
37. Schmoller, G.: Grundriß der Volkswirtschaftslehre. 2. Teil. München, Leipzig 1923.
38. Schmoller, G.: Zur Sozial- und Gewerbepolitik der Gegenwart. Reden und Aufsätze. Leipzig 1890.
39. Sombart, W.: Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts. 4. Aufl. Berlin 1919.
40. Sombart, W.: Deutscher Sozialismus. Berlin 1934.
41. Stein, L.: Die Volkswirtschaftslehre. 2. Auflage.
42. Stein, L.: Der Begriff der Gesellschaft und die soziale Geschichte der französischen Revolution bis zum Jahre 1830. Mit einem Vorwort herausgegeben von G. Salomon. München 1921.
43. Stoecker, A.: Christlich-Sozial. Reden und Aufsätze. Berlin 1890.
44. Todt, R.: Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft. Wittenberg 1877.
45. Treitschke, H.: Der Sozialismus und seine Gönner. Berlin 1875.
46. Wagner, A.: Grundlegung der politischen Oekonomie. 1.—6. Buch, Leipzig 1892/93.
47. Weber, A.: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Tübingen 1910.
48. Weber, A. Sozialpolitik. Reden und Aufsätze. München und Leipzig 1931.
49. Weber, M.: Fichtes Sozialismus und sein Verhältnis zur Marxschen Doktrin. Tübingen 1925.
50. Weddigen, W.: Deutsche Sozialpolitik. Ausgewählt und mit Einführungen versehen von W. Weddigen. Jena 1934.
51. Weddigen, W.: Sozialpolitik. Eine Einführung in ihre Theorie und Praxis. Jena 1933.
52. Westphalen, F. A.: Die theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik. Jena 1931.
53. Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Festgabe für L. Brentano zum 80. Geburtstage. Herausgegeben von M. J. Bonn und M. Palyi. Band 1 und 2. München und Leipzig 1925.
54. Das Programm der NSDAP. Herausgegeben von G. Feder. 166.—169. Auflage. München 1935.

Zeitungen, Zeitschriften und Jahrbücher.

1. Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik.
2. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.
3. Berliner Börsenzeitung.
4. Der Arbeitgeber.
5. Der Deutsche Volkswirt.
6. Die Arbeit.
7. Die nationale Wirtschaft.
8. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. (Conrads Jahrbücher.)
9. Jahrbuch für nationalsozialistische Wirtschaft.
10. Kölner sozialpolitische Vierteljahresschrift.
11. Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche.
12. Schriften des Vereins für Sozialpolitik.
13. Soziale Praxis.
14. Völkischer Beobachter.
15. Volkswirtschaftliche Vierteljahrsschrift.

Dissertationen.

1. Bunzel, J.: Die Wirtschaftsgesinnung der Christlich-Sozialen. Breslau. 1926.
2. Dockhorn, W.: Die christlich soziale Bewegung in Deutschland. Halle 1928.
3. Dorsch, W.: Das Problem der sozialen Klasse. Tübingen 1926.
4. Hamburger, St.: Ein Beitrag zur Krise der modernen Sozialpolitik in Deutschland. Heidelberg 1929.
5. Gerstel, J. W.: Die Antithese Sozialismus — Marxismus als Basis der Ideenwelt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. (NSDAP.) Heidelberg 1931.